

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

2½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Annoncen-Minnahe-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Castiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn P. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Noss; in Berlin: A. Reitemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Posener Zeitung.

Zweihundertseitigster

Jahrgang.

Zusätze
1¼ Sgr. für die fünfgeschaltete Seite oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Der "Levant-Herald" meldet, daß in Galata das Gerücht gehe, es sei ein wohlbekannter Diplomat bemüht, mit dem Bizekönig von Egypten ein Arrangement zu Stande zu bringen, wonach derselbe sich bereit erklären solle, für den Fall, daß der Streit zwischen der Türkei und Griechenland gewisse Eventualitäten herbeiführe, die Pforte mit einem Kontingent von 40,000 Mann und 10 wohl ausgerüsteten Kriegsschiffen zu unterstützen. Ferner solle sich der Bizekönig damit einverstanden erklären, daß die von der Pforte gegen Griechenland angewendeten Maßregeln auch für Egypten Gültigkeit hätten, und endlich die Garantie für eine türkische Anleihe von 2 Millionen Lstrl. übernehmen, in welchem Falle ein gleichfalls wohlbekannter jüdischer Banquier dieselbe effektuiren wolle. Es scheine indeß nicht, daß das Arrangement zu Stande komme. Die ganze Geschichte, deren Richtigkeit man dahingestellt lassen muß, hat nur insofern für uns Interesse, als der "bekannte Diplomat" wohl kein Anderer als von Profeßch-Osten sein kann, der sich gegenwärtig in Egypten aufhält, binnen Kurzem aber nach Konstantinopel zurückkehren wird. — Die Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg hat am 29. Dez. v. I. den Geh. Regierungsrath Michaelis, Mitglied des Bundeskanzleramtes, zum korrespondirenden Mitgliede für die historisch-politische Sektion ernannt.

— Die "Prov.-Korr." meldet: "Die griechische Regierung hat ihre Erklärung auf die Mittheilung der Konferenzbeschlüsse noch nicht nach Paris gelangen lassen; doch gilt die Zustimmung derselben und demgemäß die Beilegung des griechisch-türkischen Streites nach wie vor als gesichert." (Vgl. Tel. Depesche.)

— Der berühmte Augenarzt Albrecht v. Gräfe hat einen neuen Anfall seiner früher glücklich bewältigten Lungennaffektion erlitten, welcher ihn nötigt, einen längeren Aufenthalt in südl. Gegenden, wahrscheinlich auf Korsika, zu nehmen.

— Der Reichstagspräsident Dr. Simson ist, wie der "Kölner Stg." geschrieben wird, zum Chefspräsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O., bei welchem er bisher als Vizepräsident fungirt hat, ernannt worden. Herr Simson legt demzufolge sein Mandat nieder; es sind jedoch Vorkehrungen getroffen, daß die Neuwahl noch vor dem Zusammentritt des Reichstages erfolgen und dem Präsidenten die Annahme der sicherer Wiederwahl ermöglicht werden kann. Selbstverständlich ist es allseitig erwünscht, den verdienten Mann auch in der nächsten Session mit der Leitung der Verhandlungen zu betrauen.

— Wie der "Ost. Stg." aus bester Quelle mitgetheilt wird, hat das königliche Staatsministerium in seiner Sitzung vom 31. Januar d. J. beschlossen, Sr. Maj. dem Könige für das neu zu besetzende Amt eines Oberpräsidenten der Provinz Preußen den Regierungspräsidenten Herrn v. Nordenflicht in Frankfurt a. O. in Vorschlag zu bringen. Herr v. Nordenflicht — früher Regierungs- und Ober-Präsidialrat in Posen — war ursprünglich für die Stelle eines Oberpräsidenten der Provinz Hannover designiert, mußte jedoch später dem Herrn Grafen von Stolberg-Wernigerode weichen. Gleichzeitig wurde ihm von maßgebender Seite die Aussicht auf eine der nächsten erledigten Oberpräsidentenstellen eröffnet. Demgemäß wurde er auch, als noch die Absicht vorwaltete, den Oberpräsidenten der Provinz Posen, Herrn v. Horn, nach Königsberg zu versetzen, als sein Nachfolger in Aussicht genommen. Herr v. Nordenflicht gehört — auch im Abgeordnetenhaus — der streng konservativen Partei an und ist Verfaßter einer Geschichte der schwedischen Verfassung, so wie Autor mehrerer Uebersetzungen schwedischer Dichtungen.

— Von verschiedenen Seiten wird, wie die "Zdl. Korr." erfährt, die Wahrnehmung ausgesprochen, daß sich der Schulbesuch, seitdem die Bestrafung der Schulversäumnisse den Gerichten überwiesen ist, eher verschlimmert als gebessert hat und daß fast allgemein die Wiedereinführung des früheren administrativen Verfahrens gewünscht wird, bei welchem die Strafe dem Vergehen mehr auf dem Fuße folgte und deshalb sich wirklicher erwies.

— Eine Nichtbestätigung an Universitäten ist schon seltener, Herr v. Mühlner hat sie jüngst in Marburg eintreten lassen, wo er die Berufung des Dr. Manuel zu Arolsen zum Professor der Augenheilkunde zurückwies. — Der Herr Minister hat übrigens jetzt, vorläufig an Stelle der noch immer zu erwartenden Unterrichts-Gesetz-Entwürfe der früheren Zeit, seine "Stellung und Grundsätze in der Verwaltung seines Amtes" veröffentlichten lassen. Diese Veröffentlichung umfaßt die bei Berathung des Staatshaushaltsets für 1869 im Hause der Abgeordneten jüngst gehaltenen Reden des Herrn v. Mühlner, welcher, wie er erklären läßt, aus der sehr weit gehenden Beurtheilung seiner Verwaltung Gelegenheit genommen hat, neben Zurückweisung irrtümlicher oder ungerechtfertigter Angriffe, die Grundsätze, durch die er sich in seinem Amte leiten läßt, ausführlich darzulegen und deren Zusammenhang mit der Vergangenheit nachzuweisen. Seine hierauf bezüglichen Neuäußerungen sind ebensowohl ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Unterrichtswesens, wie ein Zeugniß der Auffassung, welche die Staatsregierung den wichtigsten Zeitfragen auf dem geistigen und ethischen Gebiete des Lebens der Nation angedeihen läßt. Die Reden des Herrn Kultusministers sind Erwiderungen auf die nicht mit aufgenommenen Reden der Abgeordneten Richter (Sangerhausen), Lent, Wehrenpfennig, Bethu-Huc, Westen, Lasker, Karsten, Birchow und Koisch.

Karlsruhe, 3. Februar. Durch landesherrliche Verordnung

wird die weltliche Feier der Sonn- und Festtage neu geregelt. Für eine gewisse Anzahl von Feiertagen wird dieselbe mehr oder weniger eingeschränkt.

Österreich.

Wien, 2. Februar. In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses wurde das Gesetz über die Donau-Regulirung und nach längerer Debatte auch das über die Entschädigungspflicht der Eisenbahngesellschaften bei Unglücksfällen angenommen. Die letzte Regierungsvorlage ward bekanntlich durch das grauenhafte Eisenbahnunglück bei Horowitz veranlaßt. — Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Ziemiakowski kam im Verfassungsausschuß der Antrag des eben genannten Abgeordneten, betreffend die Behandlung des Antrages des galizischen Landtages auf Änderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zur Beratung. Von Seiten der Regierung wohnten die Minister Dr. Giskra und Dr. Brestel der Sitzung bei. Der Abg. Dr. Kaiser war der Ansicht, daß bevor das Haus in die Beratung über den Antrag eines Landtages eingehen könne, vorher die Geschäftsausordnung abgeändert werden müsse, und beantragte zu diesem Zwecke ein Subkomitee von 5 Mitgliedern zu ernennen. Dr. Giskra unterstützte diesen Antrag und obgleich die Abgeordneten Grocholski, Toman und Czajkowski die gegenständige Ansicht verfochten und erklärten, daß die Geschäftsausordnung die Einbringung derartiger Anträge den Landtagen nicht verbiete, wurde endlich der Antrag auf Wahl eines Subkomitees angenommen. Man sieht, die galizische Frage wird wohl noch lange auf Erledigung harren müssen. — Der von der provisorischen Regierung in Madrid für Wien neu ernannte Gelandte Nances y Villanueva hat, wie die amtliche "Wiener Zeitung" meldet, dem Kaiser in feierlicher Audienz seine Kreditive überreicht.

Pest, 1. Februar. In mehreren Gegenden, so in Gömör, Borsod, Beszprim, Zemplin, tritt die protestantische Geistlichkeit gegen die Deak-Partei auf. Laut heute gefassten Beschlusses kommt der Prozeß Karageorgievitsch nächsten Montag öffentlich zur Verhandlung. — Der Stadttagtsherr von Varasdin hat den Minister-Präsidenten Grafen Andrássy und Franz Deak zu Ehrenbürgern ernannt. — Die Einberufung des kroatischen Landtages ist verschoben worden.

Gestern wurde in Groß-Beckerek unter Theilnahme von mehr als 300 Personen aus dem Banat und der Bačka eine serbische Konferenz der liberalen Opposition über die Landtagswahlen abgehalten und einstimmig folgendes Programm angenommen:

Lösung der Nationalitätsfrage auf Grund der bekannten Vorlage der serbisch-rumänischen Abgelegten; Lösung der serbischen Frage auf Grund des historischen Rechts; Unterstützung des kroatischen Nationalprogrammes hinsichtlich der Selbstständigkeit und Integrität; Unterstützung der Autonomie Siebenbürgens, des staatstrechten Standpunktes der ungarischen Opposition, der demokratisch-liberalen Staatsinstitutionen, der slawischen Länder-Autonomie jenseits der Leitha; Nichtintervention- und Befreiungspolitik orientalischer Volker. Schließlich wurde beschlossen, in Eintracht mit den Rumänen vorzugehen.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Man hat in den Archiven ein Schreiben Napoleons I. gefunden, welches den Richtern des Herzogs von Enghien Gratifikationen von je 30,000 Franks bewilligt. Die Namen dieser Richter sind allerdings in geschickter Weise mit denen anderer untermischt, welchen man anderer Ursachen wegen eine Belohnung zuerkannte; aber die Hauptabsicht ist darin so leicht erkennbar, daß Marshall Vaillant, dem man als kaiserlichem Haushofminister den Brief vorlegte, sofort dessen Veröffentlichung untersagte, denn, wie er sich ausdrückte: „er handelt von Blutgeld!“

Paris, 2. Februar. Rhangabe hat eine Verlängerung der Frist von acht Tagen, welche der griechischen Regierung zur Ertheilung einer Antwort auf die Konferenz-Erklärung gestellt ist, bisher nicht beantragt. — Die "Patrie" versichert, daß der Beitritt Griechenlands nicht mehr zweifelhaft ist.

Spanien.

Madrid, 1. Februar. Die Vertreter der auswärtigen Mächte haben sich mit der von der provisorischen Regierung gegebenen Genugthuung für die lärmenden und drohenden Kundgebungen des Volkes vor der Wohnung des päpstlichen Nuntius zufrieden erklärt, wiewohl schon das grundlose Gerücht umflog, sämtliche Gesandte hätten ihre Pässe verlangt. Gegenwärtig durchziehen die Freiwilligen die Straßen der Stadt, um die Ruhe aufrecht zu halten und die Ansammlung größerer Volksmärsche zu verhindern. Doch herrscht noch eine leicht begreifliche Aufregung, und an der Puerta del Sol war heute Nachmittag die bildliche Darstellung einer Kirche, in welcher man Priester mit aufgestrichenen Hemdärmeln und Dolche schwingend sich auf den Gouverneur von Burgos stürzen sah, zu öffentlicher Ansicht ausgehängt. Der Erzbischof von Burgos wird in seinem Palaste als Stubengefanger bewacht. Als neuer militärischer Gouverneur ist der Brigadegeneral Hada nach Burgos abgegangen. — Wie man versichert, sind jetzt aus den spanischen Klöstern und Kirchen für 4 Millionen kostbare Gegenstände entnommen und im Geheimen nach dem Auslande gebracht worden, wo sie zu Gunsten der Reaktion verkauft werden.

— Am Sonntag (31. Januar) wurde in Madrid wieder

protestantischer Gottesdienst abgehalten. Der Andrang war so stark, daß Hunderte wegen Mangels an Raum keinen Zutritt mehr fanden. Es erinnert an das Attentat von Burgos, daß auch in Madrid der Eigentümer des Hauses, in welchem der protestantische Betraum eingerichtet ist, in anonymen Briefen mit dem Tode bedroht wird, falls er der Feindseligkeit nicht schleunigst ein Ende mache.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Febr. Ein offizielles Telegramm aus Athen meldet, daß der König, indem er es auf eine Kabinettssitzung ankommen lasse, entschlossen sei, das Konferenzprotokoll anzunehmen. — Die große Jury hat die Anklage gegen die Direktoren der Compagnie Overend, Gurney & Comp. gebilligt.

— Am Sonnabend fand in Osborne die Konfirmation des Prinzen Leopold, des achten Kindes und jüngsten Sohnes der Königin Viktoria und des Prinzen Albert, statt.

Rußland und Polen.

Warschau, 1. Febr. Nach einer Zusammenstellung vom Dezember v. J. sind im Königreiche Polen 356,806 Deutsche ansässig, von denen zwei Drittheile bereits der zweiten Generation, der Rest der ersten Generation angehört oder neu eingewandert ist. Außerdem leben vorübergehend als Arbeiter oder in Dienstverhältnissen annähernd 213,800 Personen, so daß sich die Gesamtzahl der Deutschen — mit Auschluß der Reisenden und zum Besuch Weilenden — auf 570,600 beläßt, welche in Städten und auf dem platten Lande leben. Wenn man nun die Bevölkerung Polens nach der letzten Zählung auf 4,700,000 Köpfe anschlägt, so besteht der neunte Theil aus Deutschen. Wenn man nun noch annimmt, daß von den Polen der höheren Klassen fast alle, von den Mittelklassen aber viele deutsch verstehen und sprechen, so dürfte jener Russen — ein Pope — Recht haben, wenn er sagt: "In Polen kann deutsch gepredigt werden und unter hundert Zuhörern werden 35 die Predigt vollständig verstanden, wogegen bei russischen Predigten von hundert Zuhörern kaum drei dem Vortrage zu folgen vermögen." In Bezug auf Stadtbewohner nicht russischer Nationalität, mag diese Annahme richtig sein, dagegen dürfte, wenn man blos die Landbevölkerung in Betracht zieht und die auf Dörfern lebenden ausgedienten Soldaten und Beamten abrechnet, der Prozentsatz zu hoch gegriffen sein, mit Bestimmtheit kann daher gesagt werden, daß unter hundert Landbewohnern polnischer Nationalität höchstens Einer russisch versteht. — Wie hier verlautet, soll Großfürst Konstantin Nikolajewitsch schon im April hier zum längeren Aufenthalte eintreffen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

— Konstantinopeler Korrespondenzen des "Osservatore triestino" weisen auf gewisse Differenzen auf konfessionelle Gebiete hin, welche, wie sie meinen, leicht beunruhigende Verhältnisse annehmen könnten. Der ökumenische Patriarch gedenkt nun ein Generalkonzil aller orthodoxen Bischöfe einzuberufen, zu dem nicht nur der unter seiner Jurisdiktion stehende, sondern auch der hellenische und österreichische orthodoxe Episcopat geladen werden soll und bei welchem dem Vernehmen nach der Patriarch seine Ernenntung zum obersten Vikar aller orthodoxen Kirchen anstreben will. Die Pforte — bemerken die Korrespondenten — ist mit Recht aufs entschiedenste gegen die Einberufung eines solchen Konzils, durch welches einerseits der Hellenismus gestärkt, andererseits in dem kaum beschwichtigten Bulgarien Anlaß zu neuen Unordnungen gegeben werden würde.

Bukarest, 2. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer meldete Georg Bratiiano (Neffe des Präsidenten der Kammer) eine Interpellation über die Abberufung der französischen militärischen Mission von Bukarest, bezüglich deren Ersetzung durch preußische Offiziere an.

Vom Landtage.**11. Sitzung des Herrenhauses.**

Berlin, 3. Februar. Eröffnung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch: v. Selchow. Die Kommission zur Beratung der Beschlagnahme-Gesetze hat sich folgendermaßen konstituiert: v. Plötz, Vorsitzender, v. Frankenberger-Ludwigsdorf, Stellvertreter, v. Brünner, Schriftführer, Graf v. Behr-Negendank, Stellvertreter, v. Below, v. Brand, Graf v. Alvensleben, Graf v. Brühl, Graf zu Münster, Herzog v. Ujest, Graf v. Reventlow-Barve, Schr. v. Biningen-Schorr, Beyer, v. Meding, v. Sydow. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung über das allgemeine Jagdpolizeigesetz. Unter verschiedenen neu eingegangenen Amendements haben wir zunächst nur das des Grafen zu Münster hervor, das dahin geht: „den Gesetzentwurf abzulehnen und die Regierung zu ersuchen, die Jagdpolizei im Wege der provinziellen Gesetzgebung zu regulieren.“

Die Spezialberatung war unterbrochen worden bei der Debatte über die §§ 4–10. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Zusammenlegung gemeinschaftlicher Jagdbezirke, wobei das Gesetz die Hauptentscheidung dem betr. Gemeindevorsteher, Hr. v. Bernuth aber in verschiedenen Amendements den beteiligten Grundbesitzern, event. den Gemeindebehörden überlassen will.

Das Amendement Bernuth wird bekämpft vom Berichterstatter Hr. v. Wedell, Herrn Hasselbach, mehreren Regierungskommissarien, Herrn von Kladow; befürwortet vom Grafen Borries (Hannover), Hr. v. Bernuth. In der Abstimmung wird § 4 nach dem Antrage der Kommission in folgender Fassung angenommen:

Grundstücke, welche nicht für sich ein selbständiges Jagdrevier (§ 2) bilden, werden nach den in §§ 5–10 folgenden Bestimmungen zu gemeinschaftlichen Jagdbezirken vereinigt, oder einem der § 2 Litt. a. bezeichneten

Jagdreviere zugelassen. — Die Besitzer von zur Fischerei eingerichteten Teichen sind, so lange diese mit Wasser bespannt sind, befugt, sich mit denselben von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk auszuschließen und die Jagd auf denselben ruhen zu lassen.

S 5 erhält folgende Fassung: „Jeder gemeinschaftliche Jagdbezirk muß eine zusammenhängende (§ 2) Fläche von mindestens 500 Morgen umfassen. Durch Beschluß der Provinzialvertretung kann das Minimalmaß der gemeinschaftlichen Jagdbezirke auf höher als auf 500 Morgen festgelegt werden. In den hohenländischen Landen tritt in dieser Beziehung die Regierung an die Stelle der Provinzialvertretung, so lange eine solche nicht besteht.“ Nach einem Amendment v. Waldau sind in Al. 1 hinter „500 Morgen“ die Worte: „jedoch nicht über 1000 Morgen“ gestrichen worden.

S 6. „Auf solche, das Normalmaß nicht erreichende Landesteile, welche von ausländischen Territorien rings umschlossen sind, findet die Bestimmung des S 5 keine Anwendung.“

S 7. „Unter der Bedingung des S 5 bildet jeder Gemeindebezirk einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk. Mittels Beschlusses des Gemeinde-Vorstandes kann die Theilung eines Gemeindebezirks in mehrere Jagdbezirke erfolgen, jedoch nur dann, wenn jeder Jagdbezirk eine Fläche von mindestens 1000 Morgen enthält.“ (Die Amendments Bernuth werden abgelehnt, jedoch anstatt des Kommissionsvorschages: „Gemeindevorsteher“ der Wortlaut der Regierungsvorlage: „Gemeindevorstand“ wiederhergestellt, ebenso in den §§ 8 und 9.)

S 8. „Mittelst Beschlusses des Gemeindevorstandes können mehrere Gemeindebezirk oder Gemeindebezirksteile zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk vereinigt werden. In gleicher Weise ist die Vereinigung von Gemeindebezirken oder Gemeindebezirksteilen mit selbstständigen Jagdrevieren, unter dem Einverständnisse der Besitzer dieser Reviere gestattet. Den Besitzern der im S 2 bezeichneten Grundstücke ist es gestattet, sich mit diesen dem Jagdbezirk ihrer Gemeinden anzuschließen, ohne daß diesem ein Widerrufsrecht zusteht.“

S 9. Auf Grundstücken, welche nicht zu einem Gemeindebezirk gehören, kann durch Vereinbarung der beteiligten Besitzer die Ausübung der Jagd dem Besitzer eines angrenzenden Jagdreviers übertragen werden, auch ist den Besitzern solcher Grundstücke gestattet, sich einem angrenzenden gemeinschaftlichen Jagdbezirk mit Genehmigung des Gemeindevorstandes und des Landrats anzuschließen.

S 10. Dienjen Grundstücke, welche nicht nach vorstehenden §§ 5—9 zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk vereinigt, oder einem selbstständigen Jagdreviere zugelassen worden sind, sind, sofern sie zusammen die normalmäßige Fläche umfassen, zu einem eigenen gemeinschaftlichen Jagdbezirk zu vereinigen, jedoch können sie auch in angemessener Begrenzung einem oder beziehentlich mehreren angrenzenden gemeinschaftlichen Jagdbezirken einverlebt werden. Umfassen sie diese Fläche nicht, so sind für einen angrenzenden gemeinschaftlichen Jagdbezirk zugelassen. Ist solches aus örtlichen Gründen nicht möglich, so muß die Jagd auf ihnen ruhen. Die Entscheidung trifft der Landrat.“

Justizminister Dr. Leonhardt ist während dessen in das Haus eingetreten.

S 11 erhält folgende Fassung: 1) Sind Grundstücke, welche weder als Einzelbesitz die normale Größe eines selbstständigen Jagdreviers, noch als Komplex die normale Größe eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks erreichen, von einem 1000 Morgen großen Besitzthum ganz umschlossen, so hat der Landrat im Mangel gütlicher Eingang unter den Beteiligten dem Besitzer auf seinen Antrag die Ausübung der Jagd pachtweise zu übertragen und die nach dem Jagdvertrag des umschlossenen und des umschließenden Grundstückes zu bemessende Entschädigung, vorbehaltlich der beiden Theile vorbehaltene Verurteilung auf richtliche Entscheidung festzusetzen. 2) Sind die von einem Walde von mindestens 1000 Morgen Fläche, welcher ein einziges Besitzthum bildet, ganz umschlossene Grundstücke ihrem Umfange nach zwar geeignet, um als selbstständiges Jagdrevier beziehlich gemeinschaftlicher Jagdbezirk behandelt zu werden, aber in so unregelmäßig langgestreckten Grenzen belegen, daß auf ihnen die Jagd nur unter erheblicher Beeinträchtigung des Waldbesitzers und unter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgeübt werden kann, so hat der Landrat den Waldbesitzer auf dessen Antrag die Ausübung der Jagd auf ihnen pachtweise zu übertragen, und das Pachtgeld, wie sub Nr. 1. vorgeschrieben, festzulegen; er ist ohne solchen Antrag aber befugt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit das Ruhelassen der Jagd zu gebieten. 3) Werden von einem Walde der vorbezeichneten Art und Größe Zubehörungen selbstständiger Jagdreviere oder gemeinschaftlicher Jagdbezirke zum Theil umschlossen, so hat der Landrat auf Antrag des Waldbesitzers zu beurtheilen, ob die Umschließung durch den Wald eine überlegende ist, und die Grenze der Umschließung festzustellen.

Von den umschlossenen Grundstücken gilt sodann dasselbe, was über die zu S 2 bezeichneten festgesetzt ist.

§ 12 (der sich auf die Jagd in Festungswerken bezieht) wird mit einer unwesentlichen, von Herrn Hasselbach beantragten Auslassung von vier Worten nach dem Vorschlag der Kommission angenommen.

Eine längere Debatte entspint sich über § 13 (Bildung des Jagdvorstandes), und zwar über Alinea 1 derselben. Dasselbe lautet nach der Regierungsvorlage: „Die Besitzer der einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk bildenden Grundstücke werden in allen Jagdangelegenheiten von einem Jagdvorstand vertreten, welcher aus drei von den Grundbesitzern aus ihrer Mitte zu wählenden Deputierten unter Vorsitz des Gemeinde-Vorstandes (Bürgermeister, Schulzen &c.) besteht.“

Die Kommission beantragt, die letzten Worte zu fassen: „unter Vorsitz des Gemeinde-Vorsteigers beziehungsweise Bürgermeisters, Schulzen &c.“ bestehet.“ Herr v. Bernuth beantragt, den letzten Satz zu fassen: „welcher aus 3 von den Grundbesitzern aus ihrer Mitte zu wählenden Deputierten besteht.“ Diese wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden.“ Von Herrn v. Kneiseck wird beantragt, im Kommissionsentwurf, event. im Amendment Bernuth statt „3 Grundbesitzern“ in den Jagdvorstand „höchstens 5“ zu wählen. Herr v. Bodelschwingh beantragt den Zusatz: „In Westfalen und der Rheinprovinz tritt an die Stelle des Gemeinde-Vorsteigers der Amtmann, beziehungsweise Bürgermeister.“

In der Debatte spricht z. B. Graf Brühl überhaupt gegen die Bildung von Jagdvorständen aus, da dieselben auf dem Lande meist aus Krämern, Juden, Postschreibern und dergleichen unangenehmer Gesellschaft beständen, mit der ein anständiger Mann nicht gern etwas zu thun hätte.

Minister v. Seligow bittet, auf den Regierungsvorschlag, einen Jagdvorstand zu bilden, einzugehen. Das traurige Bil., das Graf Brühl von der Zusammensetzung des Jagdvorstandes gegeben, habe der Regierung bei Ausarbeitung dieses Paragraphen so düster nicht vorgekehrt, univerell im ganzen Lande wären die Zustände wohl auch nicht so, wie sie Graf Brühl geschildert; er bezeuge ihm aber gern, daß wohl in seiner nächsten Umgebung recht bös Elemente wären, die ungefähr solche Figuren bilden; aber es gebe doch noch andere bessere Leute unter der ländlichen Bevölkerung, die verständig und vernünftig wären.

Herr v. Walda spricht in gleichfalls gegen die Wahl eines Jagdvorstandes, denn die Wahlen fallen in der Regel nicht auf „solide“, sondern auf die „schlimmsten“ Leute. — Auf einen Einwurf, daß das Gesetz den Wahlmodus nicht genau genug angebe, erwiderst der landwirtschaftliche Minister: Die Regierung geht von der Überzeugung aus, daß das preußische Volk mit Bezug auf das Wählen bereits eine solche Routine besitzt, daß leicht eine Verständigung über den Wahlmodus unter den Beteiligten herbeigeführt werden wird. — Bei der Abstimmung wird ein Amendment des Herrn Hasselbach angenommen, wonach der ganze S 13 nur aus folgendem Satz besteht: „Die Besitzer der einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk bildenden Grundstücke werden in allen Jagdangelegenheiten von dem Gemeindevorstand vertreten.“ Der Rest des Paragraphen wird gestrichen.

Bz S 14, der die Jagdpachtverträge regelt, beantragt Graf Brühl, Alinea 3 zu ändern: Ebenso kann die Jagd freihandig an den Eigentümern eines angrenzenden selbstständigen Jagdreviers verpachtet werden. — Herr v. Bernuth wünscht dem S 14 folgende Fassung zu geben: Nach Maßgabe der Beschlüsse des Gemeindevorstandes kann auf dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk entweder a) die Ausübung der Jagd ganzlich ruhen oder b) die Jagd für Neigung der beteiligten Grundbesitzer durch einen angestellten Jäger beschafft werden oder c) dieselbe, sei es öffentlich im Wege des Meistgebots oder aus freier Hand verpachtet werden. Die Pachtverträge dürfen sich auf keinen längeren Zeitraum, als auf 6 Jahre und auf keinen längeren als auf 12 Jahre erstrecken. Die Pachtbedingungen, bez. die Pachtverträge sind schriftlich aufzufassen und dem Landrat im Falle der Lizitation vor dem Lizitationstermine, sonst unmittelbar nach dem Abschluß der Verpachtung einzurichten. Der Landrat ist nur zum Einschreiten befugt, wenn Bestimmungen des Vertrages gegen gesetzliche Vorschriften verstossen. — Ferner auf den S 14 folgenden neuen § 14a. folgen zu lassen: „Ausnahmeweise ist eine andere Benutzung der Jagd gestattet; a) den Städten auf den innerhalb der städtischen Feldmark belegenen Grundstücken der Stadt, der Bürger und Einwohner, insoweit auf solchen das städtische Jagdrecht bisher durch die Bürger ausgeübt ist, wenn Magistrat und Stadtverordnete die Fortdauer dieses Verhältnisses beschließen, b) in den Feldmarken, in welchen das Jagdrecht bisher völlig frei war, oder das Jagdrecht allen Grundeigentümern oder doch gewissen Klassen derselben zuftand.“

Graf Brühl motiviert seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß die Gemeinden ihre Jagd meist an den Gutsbesitzer verpachten, weil sie das

Bewußtsein haben, daß ihr Recht auf die Jagd kein wohl erworbenes sei. Um ihr Gewissen zu beschwichtigen, überlassen sie deshalb — wenn auch nicht ohne Entschädigung — den eigentlich Berechtigten das Vergnügen der Jagd. Dem sollte man durch das Gesetz nicht entgegentreten.

Der Regierungskommissar erklärt sich gegen das Amendment. — Herr v. Kleist-Retzow: Die Gesetzgebung darf nicht gewaltsam in die guten patriarchalischen Zustände eingreifen, nach welchen die Gemeinde es als selbstverständlich betrachte, daß der Gutsherr die Jagd pachtet und ihm überlässt, dafür so viel zu zahlen, als ihm gut dünkt.

Herr Rauch stellt zu dem Antrage Bernuth das Unter-Amendment, mehrere Distrikte, speziell in Hannover, von den letzten Bestimmungen a. und b. auszunehmen, da hier ganz besondere Verhältnisse herrschen. — Herr v. Thaden erklärt sich dagegen und verlangt eventuell die Ausdehnung des Amendments auch auf Schleswig-Holstein.

Nach längerer Debatte wird der ganze Antrag des Herrn v. Bernuth abgelehnt, und der S 14 mit dem Amendment Brühl nach der Vorlage angenommen.

Nachdem die §§ 15 und 16 unverändert angenommen, wird Vertragung beantragt, jedoch abgelehnt, da der Präsident mit einer Abdankung droht.

Unter großer Unruhe des Hauses wird hierauf die Berathung der übrigen Paragraphen und der dazu gestellten — meist unverbindlichen — Amendments zu Ende geführt. Wirtheilen nur das Wesentliche mit. — Eine längere Debatte ruft § 18 hervor, welcher die Gebühr für Jagdscheine auf 3 Thlr. festsetzt. — Zu § 23 stellt Graf zu Münster das Amendment: „Die Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen bei Strafe von 5 bis 20 Thlr. zu untersagen.“ — Der Minister hat nichts gegen die Aufnahme dieser Bestimmung.

Herr v. Ulfeld spricht gegen das Amendment. An und für sich erlaubte Vergnügungen, die kein Vergernish darbieten, seien keine Entfehlung des Sonntags. Er glaube, daß die große Majorität des Volkes diese Ansicht teile. — Graf Ritter spricht für Sonntagsheiligung, dagegen Herr v. Kleist-Retzow: Es darf Sonntags nicht gelassen und nicht von Hunden gehetzt werden. Der Sonntag ist des Herrn Tag und den sollen wir ihm lassen. — Das Amendment Münster (Sonntagsheiligung) wird angenommen.

(Es wird dunkel im Hause, das Bureau wird durch 3 Oellampen erleuchtet.)

Bz § 23 hat Graf zu Münster einen Zusatz beantragt: „Dieses Gesetz findet auf die Provinz Hannover keine Anwendung.“

Herr Wildens (Berlin) beantragt folgenden Zusatzparagraphen: „Die Bestimmungen der §§ 3—11 und 13—16 finden auf städtische Feldmarken vorläufig keine Anwendung, vielmehr verbleibt es in Betreff dieser Punkte einzuweilen bei den jenen Orts bisher bestandenen gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften. Ob, bezüglich unter welchen Modifikationen, fortan die vorgedachten Bestimmungen auf städtische Feldmarken Anwendung finden sollen, bleibt jedem Orts statutarischer Bestimmung vorbehalten.“

Herr v. Bernuth beantragt folgenden Schlussparagraphen: „Der Beipunkt, an welchem dieses Gesetz in dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen, in den zum Großherzogthum Hessen gehörigen Landesthelen und in den zum Herzogthum Schleswig-Holstein in Kraft tritt, wird durch l. Verordnung bestimmt.“

Minister v. Seligow erklärt, daß die Regierung unter keiner Bedingung einem Ausnahmestand für Hannover zustimmen könne.

Während der Debatte über alle diese Anträge, die dabei zusammengeworfen werden, wird endlich auch im Hause Licht angezündet.)

Bei der Abstimmung wird das Amendment Münster (Auszug von Hannover) mit geringer Majorität abgelehnt; ebenso das Ammentement Bernuth.

Auch § 34 der Regierungsvorlage: „Werden demnächst im Wege der Gesetzgebung besondere kreisständische Behörden (Kreisausschüsse) gebildet, so treten diese für die in den §§ 2, 9, 10, 11, 13 bezeichneten Funktionen an die Stelle der Landräthe“ wird abgelehnt, ebenso das oben mitgeteilte Amendment Wildens. — Das Uebrige wird nach dem Vorschlag der Kommission genehmigt.

Es wird nunmehr aber das Gesetz im Ganzen abgestimmt und dasselbe mit geringer Majorität angenommen. Damit ist der event. Antrag von Kleist-Retzow: „Für den Fall der Ablehnung des vorliegenden Jagdpolizeigesetzes sollte das Herrenhaus beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die neue Vorlage eines Jagdpolizeigesetzes nach dem Grundsatz einzurichten, daß mir die notwendig einheitlichen Bestimmungen für die ganze Monarchie getroffen werden, die anderweitige Regelung aber je nach den wirtschaftlichen und sonstigen Eigenheiten, oder auch nach den

desto unverständlicher werde die Lösung. Der Fatalismus sei der schwierigste Punkt auf dem ganzen Gebiete der Metaphysik, und eine Vermischung zwischen der Freiheit und der Notwendigkeit des menschlichen Thuns scheine ihm noch die richtige Annahme. Wie wahrhaft Königlich aber Friedrich dachte, wie sehr er stets um das Wohl des Volkes bekümmert war, ergiebt sich aus seiner offenen Erklärung für diejenige Seite der Philosophen, welche den besten Einfluß auf die Sitzen des Volkes aufzuweisen vermöge. Was erreicht man, so fragt er, mit der Elektrizität Anderes, als daß unsre Wissenschaften angeregt wird; was wirken Magnetismus, Schwere und chemische Erscheinungen mehr, als daß sie unser Staunen auf die höchste Stufe treiben? Werde dadurch je ein Generalpächter weniger habhaftig, je ein Strafensraub verhütet, je eine Abgabe ehlicher bezahlt, je ein Individuum sicher? — Aber wie würden sich die und so manche andere Ansichten des großen und hochherigen Friedrich heute ändern, da seitdem die Naturwissenschaften aufgehoben haben, einen rein theoretischen Werth zu besitzen, vielmehr in der Neuzeit befamlich mächtig gestaucht in unsere sozialen Zustände eingreifen. Aber Friedrich verlangte auch mit Unrecht eine unmittelbare Einnahme der Philosophie als Wissenschaft auf das Volk; wenn dieses nicht nach seinen hohen und edlen Intentionen gebessert und verfehlt würde, so hätte er vielleicht, wie Kummer mit schönem Gesinnung hervorhob, den damaligen Dienfern der Religion Vorwürfe machen müssen.

Der beschäftigte Raum verbietet uns, noch näher auf den anregenden und geistvollen Vortrag einzugehen. Nach seiner Beendigung verlas Kummer eine Chronik der Personalveränderungen in der Akademie während des letzten Jahres. Die Akademie verlor ein ordentliches Mitglied durch den Tod: den berühmten Veteran der Savigny'schen Schule, der romanistischen Jurisprudenz, Dirksen. Er wirkte mehr für die historische und philologische Seite der Jurisprudenz, war 27 Jahre Mitglied der Akademie und auch in den beiden letzten Jahren, obwohl erblindet, sehr eifrig. Ferner verlor die Akademie 3 auswärtige Mitglieder durch den Tod: Sir David Brewster starb, 8 Jahr alt, am 10. Februar vor Jahres; er war einer der leisten Repräsentanten einer großen, aber uns schon weit entlegenen Epoche, welche die neuere Optik begründete; aber keiner von Jenen hat die Wissenschaften so sehr mit empirischen Erfahrungen bereichert, wie Brewster, der Erfinder des Kaleidoskops. Ferner starb am 13. Dezbr. 1868 der berühmte bairische Botaniker Philipp v. Martius, welcher schon im Alter von 23 Jahren (1841) Brasilien bereiste, 6500 Arten neuer Pflanzen beschrieb und dadurch epochenmachend in der Wissenschaft wirkte. Sein Werk ist dabei so künstlich und so vollendet abgeschafft, daß Goethe es „glücklichst Bilder deutscher Prosa“ nannte. Martius bewahrte bis in sein höchstes Alter die schon Geistesfrische und behielt er oft wenige Monate vor seinem Tode, im Herbst vorigen Jahres, die Berliner Akademie mit einem Besuch. Endlich starb im August 1868 der berühmte Alterthumsforscher und Historiker Gustav Friedrich Welcker in Bonn, der selbst in seinen letzten Jahren, trotz seiner Blindheit, aufs Feigste seinen Studien oblag. Er besaß vollkommen die für einen Geschichtsforscher notwendige nachschaffende Phantasie, und wenn seine Vermuthungen bisweilen auch zu früh waren, und vielleicht von der Nachwelt verworfen werden müssen, so ist doch zu bedenken, daß die Größe eines Menschen nicht nach einzelnen bestätigten Ausschüssen seines Geistes beurtheilt, sondern nur durch die gesamte Einwirkung auf den Gang einer Wissenschaft bemessen werden darf.

Auch drei korrespondirende Mitglieder verlor die Akademie in diesem Jahre: den genialen Leon Foucault in Paris, welcher neuerdings durch seinen Pendelversuch, der die Bewegung der Erde so anschaulich macht, und durch seine Messung der Lichtgeschwindigkeit im engen Raum eines Zimmers berühmt geworden ist; ferner der berühmte Erfinder der Schiebtaumwolle und ersten Entdecker des Orons, Christian Friedrich Schönlein zu Basel, endlich den tüchtigen Leipziger Mathematiker Möbius, welcher viele und folgenreiche Sätze auf dem Gebiete der Geometrie aufgestellt hat.

Neue ordentliche Mitglieder hat die Akademie in diesem Jahre nicht ernannt, wohl aber drei korrespondirende, darunter Otto Struve zu Peters-

burg. Dagegen hatte die Akademie die Freude und Genugthuung, zwei frühere ordentliche Mitglieder, welche wegen Verfolgung ausgeschieden waren, aufs Neue wieder in ihrer Mitte zu sehen. Der berühmte Archäologe Curtius nämlich hat, nachdem er durch 12jährige Thätigkeit in Göttingen von den Wirken in der Akademie abgehalten worden war, von selbst wieder die Pflichten und Rechte eines aktiven und ordentlichen Mitgliedes der Akademie übernommen. Außerdem hat der ausgezeichnete Botaniker und Pflanzenphysiologe Pringsheim (von der Bonner Universität jüngst bei Gelegenheit ihrer Säularfeier auch zum Ehrendoktor der Universität ernannt) seine Professur in Halle im letzten Herbst ausgegeben, um sich aufs Neue ungeheilt der Thätigkeit in der Akademie zu widmen.

Nach diesen theis erfreulichen, theils durch die Mittheilung der unerfüllbaren Verlust betreibenden Berichte, nahm der ständige Vorsitzende der Akademie, Professor und Geheimrat du Bois-Reymond das Wort, um über die Bezeichnung der Gelder der Humboldtstiftung Rechnung zu legen. Der Kassenbestand der letzteren ist unverändert geblieben, doch hat das Kuraatorium beschlossen, Herrn Dr. Reinhold Henzel zur Herausgabe seiner Untersuchungen über die Wirbeltiere 585 Thlr. zu überweisen. Es blieben somit pro 1866 ca. 4300 Thlr. aus dem Fonds der Stiftung verwendbar, und die Wichtigkeit geographischer Entdeckungen in Afrika erfordert es, daß jene Summe Herrn Dr. Schweinfurt zu Gebote gestellt wurde, welcher es übernahm, die südwestlichen Nilländer, Abyssinen, Ägypten, Sudan zu durchstreifen und die dortige Pflanzengattung zu studiren, und welcher für diesen Zweck besonders befähigt ist, da er bereits einmal sich zwei Jahre hindurch in jenen Gegenden aufgehalten hat und außerordentlich begabt ist. Um die wissenschaftlichen Zwecke aber wirklich vollkommen zu erreichen und insbesondere die Flora jener Länder nach den Grundzügen der von den Herren Braun und Reichert der Akademie vorgelegten Abhandlung zu erforschen, bedarf es einer vollkommenen Niederlassung des Herrn Dr. Schweinfurt in jenen Gegenden für längere Zeit. Derselbe hat seine Reise bereits im vorigen Jahre angereitet und ist glücklich in Carton am rothen Meere angekommen, von wo aus derselbe mit den Handelskarawanen zugleich seine Ausflüge am erfolgreichsten wird unternehmen können. Er lobt in seinem Berichte vom 10. Dezember die ihm durch die Direktion der Dampfschiff-Gesellschaft Lloyd in Triest während der Reise gewährten Erleichterungen aufs Höchste und erwähnt auch der erfolgreichen Bemühungen des norddeutschen und des russischen Konsuls in Alegria mit Anerkennung, welche ihn auf Grund seiner von der Akademie und dem Kuraatorium der Humboldtstiftung mitgebrachten Empfehlungsschreiben aufs Bereitwilligste unterstützt und seinen Bemühungen trotz des Bannes barbarischer Häuptlinge guten Erfolg in Aussicht stellten. Durch ihre Vermittelung gelang es auch einem dortigen hochgestellten Pascha, mit den Handelsleuten von Carton für ihn einen sehr vortheilhaften Vertrag abzufüllen. So dringt demnach eine neue deutsche Expedition zur Reise nach wissenschaftlichen Problemen in die Wüste Afrikas, und in Alex. v. Humboldts Namen wird die Lieblingswissenschaft seiner Jugend, die Botanik, gerade im Jahre der Säularfeier seiner Geburt um einen bedeutenden Schritt gefordert!

An diesen so befriedigenden Bericht schloß sich noch ein außerordentlich voller und mit großer Gelehrsamkeit begründeter Vortrag Lepsius' „Über egyptische Kunst“. Mit höchstem Interesse und einer gewissen Spannung folgte die gesamte Zuhörerschaft den glänzenden Ausführungen des Redners, welcher nachwies, daß man keineswegs berechtigt sei, die egyptische Skulptur über die Achsel anzusehen, daß die Architektur als Kunst überhaupt erst von den Egyptianern erfunden sei,

dort bestehenden und werthgehaltenen Verhältnissen provinzialen Verordnungen überlassen bleibt", erledigt.

Schluss der Sitzung 5½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin., 3. Febr. Die Unterrichtskommission setzte heute von 10 Uhr Vormittags ab die Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Elementarlehrer-Wittwenkassen, und über Gegenentwürfe, welche vom Referenten und vom Korreferenten vorgelegt worden sind, fort. Reg.-Kommiss. v. Wussow kann sich mit dem Antrage des Abg. Dr. Weber, diese Kassen unter der Verwaltung der Provinzial- und Kommunalstände zu stellen, nicht einverstanden erklären. Seiner Ansicht nach werde dieser Vortrag selbst bei den Interessenten wenig Anklang finden; außerdem werde eine solche Abänderung in den bestehenden Einrichtungen so weitläufige Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern nothwendig machen, daß damit das Zustandekommen des Gesetzes wesentlich verzögert, ja erüthert würde. — Der Vertreter des Finanzministeriums, Geh. Rath Hoffmann, verweist darauf, daß außer den Lehrern selbst zunächst nur die Gemeinden verpflichtet seien, etwaige Zuflüsse zu den Wittwenkassen zu leisten. Dem Staate liege eine solche Verpflichtung nicht ob, wenn er auch freiwillige Beiträge bisher schon gewährt habe und auch in Zukunft gewähren könnte. Staatsbeihilfe dieser Art entspreche auch nicht dem in neuerer Zeit so viel betonten Prinzip der Dezentralisation. Hiermit war die Generaldiskussion geschlossen. — Bei der Spezialdiskussion führt Dr. Weber in Vertheidigung seines Antrages aus, daß die Kassen jedenfalls leistungsfähiger gemacht werden könnten, wenn die Provinzen sie leiten und Beiträge für sie gewähren, daß es auch durchaus wünschenswert sei, der ständischen Vertretung eine auffällige Mithilfung einzuräumen. — Abgeordneter Florschitz wünscht, daß im §. 1 ausdrücklich die Revision der Statuten der Kassen ausgeprochen werde; während Dr. Paur diese Revision unter Mitwirkung von Deputirten des Lehrerstandes bewirkt wissen will. Der Regierungs-Kommissar v. Wussow kann die Zustimmung der Regierung zu diesen Vorschlägen nicht in sichere Aussicht stellen. Nach langer Diskussion zieht der Abg. Weber seinen Antrag zurück, §. 1 wird in folgender Fassung angenommen: "Die Statuten der unter der Leitung der Staatsbehörden in den verschiedenen Theilen des Landes bestehenden Wittwen- und Witzenkassen für die Hinterbliebenen der öffentlichen Elementarlehrer sind einer Revision durch die bisherige Verwaltung unter Mitwirkung des betheiligten Lehrerstandes zu unterwerfen. — Die Kommission ging hier auch zur Diskussion über §. 2 nebst den dazu gestellten Amendements über. In §. 2 der Regierungs-Vorlage heißt es: 'Sobald der Revision eine angemessene Erhöhung der den Hinterbliebenen zu zahlenden Pensionsätze'." Der Reg.-Kommissar bemerkt, daß der Weber'sche Vorschlag, den Minimalzoll der Pensionen auf 50 Thlr. zu normiren, auf Beiträge seitens der Staatskasse berechnet sei, welche er aber nicht in Aussicht stellen könne. Abg. Stroffer weist darauf hin, daß, wenn die Gemeinden circa 120,000 Thlr. die Lehrer selbst etwa 40,000 pro anno zur Errichtung des Zweckes aufzubringen, der Staat nur den geringfügigen Beitrag von 20—30,000 Thlr. zu leisten habe. Dem Staat seien wichtige und bedeutende Rechte bei Leitung des Schulwesens eingeräumt, diesen Rechten stehen auch Pflichten gegenüber. Der Finanzminister habe in den letzten Jahren manche Einnahmen aufgegeben, er habe für die männlichfachlichen Ausgaben die Mittel verschafft, und da werde er sich nicht der Pflicht entziehen können, auch für den hier in Rede stehenden Zweck die Mittel aufzufinden. Auch der Abg. Bick sprach sich in dieser Richtung aus; er verwies auf die großen Opfer, welche andere Staaten für diese Sache gebracht haben und mache gradezu die Regierung dafür verantwortlich, wenn durch ihren Widerspruch das Gesetz zu Halle gebracht werden sollte. Regierungs-Kommissar Hoffmann betont, daß nicht der Finanzminister, sondern das Staatsministerium in corpore der gesetzlichen Forderung eines Staatsbeitrags gegenüberstehe. Es wurde aber von Dr. Paur darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung verfassungsmäßig zu Beiträgen verpflichtet sei, der Landtag auch gern Geld dafür bewilligen werde. Abg. Dr. Keller hält den Staatsbeitrag zu den Kassen für absolut nothwendig und unabwischbar, und Abg. Stroffer führte aus, daß wenn in einem neuen Gesetz den Lehrern und Gemeinden neue Lasten auferlegt würden, der Staat sich nicht entziehen könne, nach dem Maße seiner Macht ebenfalls neue Lasten zu übernehmen, wenn auch bisher ihm die Pflicht dazu nicht obgelegen habe. Abg. Schmidt schloß sich dem an und hielt an dem Minimalpensionszoll von 50 Thlr. fest. Schließlich wurde der §. 2 mit 15 gegen 4 Stimmen in folgender Fassung angenommen: "Zweck der Revision ist die Erhöhung der den Hinterbliebenen zu zahlenden Pensionen von mindestens jährlich 50 Thlr. ohne später mögliche Erhöhungen auszuschließen, vom 1. Januar 1871 ab." Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Die vereinigten Kommissionen für Finanzen und Böle und für Handel und Gewerbe setzten gestern die Berathung über den Gesetzentwurf wegen des Baues einer Eisenbahn von Hammertrop über Olpe nach Rothe Wöhle fort. Der Regierungs-Kommissarius Sybel frölich bekämpft die von den Abg. v. d. Beck und v. Sybel gestellten Amendements; er erklärte das Amendement Sybel für überflüssig, weil die Verpflichtung der Bergisch-Märkischen Bahn zum Weiterbau von dieser Gesellschaft nicht bestritten wird. Das Amendement v. d. Beck sei nicht annehmbar, weil die Bergisch-Märkische Gesellschaft zweifellos darauf nicht eingehen werde, auch die Bedrohung dort zu arm sei, um den Grund und Boden unentgänglich hergeben zu können, die Bahn überdies nicht den Grundbesitzern Vortheil bringe, der Vortheil vielmehr allein die Industrie trafe; der Bau der doch so nötigen Bahn sei dadurch vollständig in Frage gestellt. — Viele von Mitgliedern der Kommission wurden die Anträge befürwortet, da der Staat nicht mehr frei Hand habe und jede Abänderung der bisherigen Grundlage der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft die willkommene Gelegenheit bieten werde, von ihrer ganzen Bauverpflichtung zurückzustehen. Es ward aber zur Beseitigung jedes möglichen Zweifels vorgeschlagen, noch ausdrücklich hinzuzufügen, daß durch die Bestimmungen des Gesetzentwurfs die Verpflichtung der Bahnverwaltung, die Bahn demnächst in der Richtung nach Köln weiter zu bauen, nicht alterirt wird. — Abg. Hammacher schloß sich dem Amendement v. d. Beck an mit dem Befürwortung zu §. 1, daß den Beleihungen zur Beschaffung des für den Ankauf des Bahnterrains aufzuwendenden Geldes eine fünfjährige Frist bewilligt werde. — Abg. v. Bendt beantragt die Verweisung der Regierungs-Vorlage und aller gestellten Amendements. Schließlich wurde die Regierungs-Vorlage mit 15 gegen 13 Stimmen, unter Ablehnung aller Amendements, angenommen, der Abg. v. d. Beck zum Referenten für das Plenum ernannt.

Die Agrar-Kommission genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Erbtheil-Pachtvertrag-Verhältnisse im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Dieselbe Kommission berichtet den Gesetzentwurf wegen der Schönheiten des Wildes. Referent Abg. v. Körber macht in seinem einleitenden Vortrage darauf aufmerksam, daß für die alten Provinzen eine allgemeine Regelung der Schönheiten des Wildes ein dringendes Bedürfnis sei, weil so viel verschiedene und zum Theil höchst mangelhafte Bestimmungen über die Schönheit des Wildes in Geltung seien, namentlich in Betreff der hohen und niederen Jagd; ein Streites sei in den neuen Landesteilen der Fall. Dieses Gesetz könnte auch getrennt von den Jagdpolizeigesetzen behandelt werden. Diese letztere Ansicht wurde bekämpft und hervorgehoben, daß Bestimmungen über die Schönheit nicht treffen können, ohne gleichzeitig Bestimmungen zu treffen über den Ertrag des Wildschadens. Referent kündigte ein Amendement an, welches die Vereinfachung der Bestimmung über die Schönheit bezweckt. Die Sitzung wurde aufgehoben, weil der ameise Referenten der Regierungs-Kommissar, Herr Greif, erklärt, daß er das Gesetz nicht zu vertreten habe, die Vertretung vielmehr im Herrenhause beschäftigt sei.

Die Handelskommission beschäftigte sich mit dem Gesetze über die Handelskämmern. Referent Abg. Jacoby wie Korreferent Dr. Becker erkannten es unter Zustimmung der Kommission als nothwendig an, daß den Handelskämmern eine freiere Stellung gegeben, daß ihre Organisation erleichtert und vereinfacht werde, daß das Wahlrecht angemessen auszudehnen sei. Dieses soll auch die Grundgedanken, von denen die Regierungs-Vorlage ausgeht, weshalb der Entwurf denn auch auf eine günstige Beurtheilung traf. Die Abg. Sybel, Dr. Müller (Solingen), Dr. Becker brachten die Wünsche der Handelskämmern von Köln, Duisburg, Essen, Hannover, Gildeheim, welche theils auf dem Handelstage, theils privatim zugegangen waren, zur Kenntnis der Kommission. Bei der Spezialdiskussion wurden nach dem Antrag des Abg. v. Sybel in §. 1, also lautend: "Die Handelskämmern haben die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen und die Provinzial- und Central-Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch tatsächliche Mittheilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen" die Worte: "Provinzial- und Central" gestrichen, auf den Antrag

des Abg. Jacoby hinter Mittheilungen das Wort: "Anträge" eingeschaltet. Im §. 2 wurde beschlossen, daß die Errichtung einer Handelskammer nicht der landesherrlichen Genehmigung unterliegen soll, wie die Vorlage es bestimmt, sondern der Genehmigung des Handelsministers. Der §. 3 (Wahlberechtigung) wurde unverändert angenommen und damit um 3½ Uhr die Sitzung geschlossen.

Die Justiz-Kommission setzte die Berathung über den Entwurf wegen der juristischen Prüfungen in Gegenwart des Geh. Raths Friedberg als Vertreter der Regierung fort. In §. 1 wurde beschlossen, dreijähriges "Studium" anstatt "Rechtsstudium" zu sagen. Die Befugnis des Justizministers, an den drei Jahren zu kürzen, wurde gestrichen. Die §§. 2—5 wurden unverändert angenommen. Der §. 6, welcher bestimmt, daß der Justizminister denselben, welcher den Grad eines doctor juris bei einer größeren Universität erworben hat, von der ersten juristischen Prüfung entbinden kann, wurde gestrichen. Die Frage, ob der Referendar ein Jahr bei einem Rechtsanwalt und ein Jahr bei einer Verwaltungsbehörde soll arbeiten müssen, erregte wiederum eine lebhafte Debatte. Für das Verwaltungsjahr schlug Abg. Laster vor, daß dasselbe bei einer kollegialen städtischen oder staatlichen Verwaltungsbehörde absolviert werden müsse. Abg. Lesse beantworte, daß 9 Monate des Verwaltungsjahrs bei einer kollegialen Behörde zu absolvieren seien. Das Verwaltungsjahr wurde aber ganz abgelehnt. Angenommen wurde hierauf die Vorbereitungszeit auf 3 Jahre, wovon ein Jahr obligatorischer Verpflichtung bei einem Rechtsanwalt. Um 3½ Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

Lokales und Provinzielles.

Posen., 4. Februar.

Der Audienztermin in Angelegenheit des Grafen Johann Dzialsynski, der wie bekannt vor einigen Monaten aus dem Auslande zurückgekehrt ist und sich dem Staatsgerichtshof in Berlin gestellt hat, ist, wie der "Dz. Pozn." erfährt, auf den 22. d. M. angezeigt worden.

Sitzung der Stadtverordneten am 3. Februar. Vorsitzender: Herr Pilet, Schriftführer: Herr Behe.

Anwesend sind die Stadtverordneten: Andersch, B. H. Asch, Bielefeld, Briske, Dahlke, Beckert, Garße, Gerstel, Dr. Hantke, B. Jaffe, L. Jaffe, S. Jaffe, Janowicz, Sejiorowski, Junge, Knorr, Lewandowski, Löwinsohn, Mamroth, C. Meyer, C. Th. Meyer, Mügel, Nitkowski, G. Reinmann, J. Reinmann, Schmidt, Schulz, Türk, Dr. Wenzel. Seitens des Magistrats der Bürgermeister Kohleis und die Stadträthe v. Chlebowksi, Hebanowski, Kohleis, Dr. Saunter, Stenzel, v. Treskow. — Nach Verlezung des Protokolls der vorigen Sitzung wird in die Tagesordnung eingetragen.

1) Wahl der Mitglieder zur Deputation der Spar- und Pfandleihs-Kasse. Nach der Mitteilung des Referenten der Wahlkommission, Herrn C. Meyer, sind aus der Deputation ausgeschieden die Herren Walter und B. H. Asch; Seitens der Wahlkommission werden zur Wahl in folgender Fassung die Herren B. H. Asch und Janowicz. Die Versammlung ist damit einverstanden.

2) Die Beantwortung der Notizen über die Marktfondsberechnung pro 1867 wird vertagt, da sie nicht genügend vorbereitet ist.

3) **Nachtrag zum Regulativ der Gasanstalt vom 28. Februar 1856.** Dr. Bielefeld. Die Baukommission hatte in der Versammlung vom 19. Oktober 1868 den Antrag gestellt, das Legen von Privat-Gasleitungsröhren freizugeben, da es einerseits an dazu geeigneten Gewerbetreibenden in unserer Stadt nicht fehle; andererseits die Gasanstalt zu manchen Seiten, besonders zur Zeit des Wohnungswechsels, den an sie gestellten Anforderungen oft nicht zu genügen im Stande sei. Die Verammlung ließ damals diese Angelegenheit dem Magistrat zur weiteren Beratung überwiegen, welcher sie der Direktion der Gasanstalt zur Beratung überwies. Die letztere ist damit einverstanden, daß das Legen von Hausleitungsröhren von Privaten ausgeführt werde, spricht sich jedoch dafür aus, daß die Abzweigung der Röhren von den Straßentümern bis zu den Gaszählern der Gasanstalt überlassen bleibe. Es wären demnach die §§. 1—7 des Regulativs der Gasanstalt vom 28. Februar 1856 in Wegfall zu stellen und in neuer Fassung zu ergänzen. Die Direktion der Gasanstalt hat eine andere Fassung vorgeschlagen, welche verlesen wird. Die Baukommission beantragt die Annahme derselben, wie auf den §. 1: die Errichtung von Hausleitungen darf nicht ohne Genehmigung der Direktion der Gasanstalt vorgenommen werden. Die Baukommission beantragt, diesen Paragraphen dahin abzuändern, daß der Direktion nur die Anzeige von der Einziehung des Hausesleitung gemacht zu werden brauche und eine weitere Genehmigung dazu nicht abzuwarten erforderlich sei. — Herr Mügel ist für den Wegfall dieses Paragraphen sowohl, als für den des folgenden, in welchem der Abzweig vom Straßentümern bis zum Gaszähler die Rede ist, da die Direktion der Gasanstalt Niemanden hindern könne, Hausleitungsröhren in seinem Hause einzurichten zu lassen, und es ginge in ihrer Hand habe, dieselben mit dem Straßentümern in Verbindung zu legen. — Dr. Mamroth beantragt, den betreffenden Paragraphen in der von der Direktion der Gasanstalt entworfenen Fassung anzunehmen, damit dieselbe darüber wachen könne, daß einerseits nicht zu viele Hausleitungsröhren an ein bestehendes Rohr angehangt, andererseits aber auch durch die neue Anlage keine Feuersgefahr hervorruft werde. — Dr. Schmidt spricht sich gleichfalls für unveränderte Annahme des Paragraphen aus, aus sonst zu leicht Deraudationen vorkommen könnten, außerdem das Regulativ der Berliner Gasanstalt gleichfalls die Genehmigung in dem vorliegenden Falle verlange. Die Herren Dr. Hantke und Knorr sprechen sich dafür aus, daß der Paragraph in der von der Baukommission beantragten Weise abgeändert werde. Herr Tejedorowski weiß darauf hin, daß die Direktion der Gasanstalt dadurch vollkommen gesichert sei, daß sie sich die Ableitung vom Straßentümern bis zum Gaszähler vorbehalte; außerdem liege es im Interesse der Gasanstalten selbst, zur Vermeidung von Geruch und Explosions- und Feuersgefahr die Gasenrichtungen möglichst gut ausführen zu lassen. — Dr. Türk beantragt, daß nach Verlauf von drei Tagen nach erfolgter Annahme das Einziehen von Hausleitungsröhren auch ohne Genehmigung seitens der Direktion gestattet sein solle. — Dr. Bürgermeister Kohleis schlägt vor, man möge das von der Direktion der Gasanstalt abgeänderte Regulativ in der neuen Fassung unverändert annehmen, dasselbe durch einjährige Erfahrung prüfen, und dann nötigenfalls auf Grund dieser Erfahrungen in der von der Baukommission beantragten Weise abändern. — Bei der Abstimmung wird darauf die Annahme en bloc der von der Direktion der Gasanstalt abgeänderten Paragraphen des Regulativs verworfen; ebenso fällt der Antrag des Herrn Mügel, die §§. 1 und 2 zu streichen; dagegen entscheidet sich die Versammlung für die von der Baukommission beantragte Abänderung des §. 1, so daß demnach die einfache Anzeige der Einziehung der Hausleitungsröhren fünfzig genügen soll. Dieser Beschuß der Versammlung soll dem Magistrat zugehen, und der Direktion der Gasanstalt zur Rücküberprüfung überwiesen werden. Alle übrigen abgeänderten Paragraphen des Regulativs werden in der von der Direktion der Gasanstalt entworfenen Fassung angenommen. Der §. 7 soll nochmals dem Magistrat zur Rücküberprüfung überwiesen werden.

4) über die Errichtung der Brückenwaage berichtet Herr Löwinsohn als Referent der Finanzkommission Folgendes: Bei Feststellung des Etats für 1868 wurde in der Sitzung vom 19. Dezember 1867 beschlossen, es dem Magistrat anheimzugeben, vor der alten Stadtwaage eine Halle mit einer Brückenwaage zu errichten. Nachdem darauf der Magistrat dies Gesuch unter dem 16. Dezember 1868 abgelehnt hatte, wurde in der Sitzung vom 19. Januar d. J. seitens der Versammlung beschlossen, diese Angelegenheit nochmals der Finanzkommission zur Begutachtung und Berichterstattung zugehen zu lassen. Es wurde in der Kommission gegen die drei Gründe, welche seitens des Magistrats gegen die Errichtung einer Brückenwaage aufgestellt waren, folgendes eingewandt: 1) hatte der Magistrat gelangt gemacht, die hiesigen lokalförmig verhältnisse erforderlichen nicht die Aufstellung einer solchen Waage. Doch ist der Antrag zur hiesigen Waage zu manchen Seiten so außerordentlich stark, daß dieselbe entschieden diesen Ansprüchen nicht mehr genügt, und zum Verwegen schwerer Maschinen sogar auf den Markt hinausgetragen werden muß. So lange die Privatspekulation für die Befriedigung dieses Bedürfnisses nicht Sorge trägt, ist es Sache der städtischen Verwaltung, die Sache in die Hand zu nehmen. 2) Nach der Angabe des Magistrats würde eine solche Brückenwaage-Einrichtung auf 6—700 Thaler zu stehen kommen. In der Kommission fand man diese Zahl zu hoch gegriffen, und war der Ansicht, daß sich eine

Waage von 200 Th. Tragfähigkeit nebst Unterbau u. s. w. für etwa 300 Thlr. würde herstellen lassen. Kentren würde sich dieselbe jedenfalls; und wenn dies auch nicht der Fall sein würde, so dürfe es bei gemeinnützigen Unternehmungen dieser Art nicht darauf ankommen. 3) Es war Seitens des Magistrats darauf hingewiesen, daß der Platz, auf welchem die Brückenwaage aufgestellt werden sollte, zu tief liege, und das Wenden mit Wagen und Pferden dort seine Schwierigkeiten haben werde. Dagegen wurde in der Kommission geltend gemacht, daß man die Brückenwaage nicht vor dem Thore der Stadtwaage, sondern an der Ecke, möglichst entfernt von dem Spritzenhaus aufstellen könne; daß dann auf ein Wenden mit Wagen und Pferden nicht Rücksicht zu nehmen sei, da man ja geradeaus fahren könne, und endlich, daß selbst durch Anlage einer Brückenwaagenhalle vor dem Thore in Betreff der Auffahrt und des Wendens keine Änderung herbeigeführt werde. — Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß man die Errichtung einer Brückenwaage der Privatspekulation überlassen möge. Dagegen wurde wiederum geltend gemacht, daß das Wiegeamt als ein öffentliches Institut betrachtet werden müsse, auf welches in streitigen Fällen zu rekurrieren sei, und daß es demnach unter der Leitung einer Behörde stehen müsse. — Von einer Seite wurde der Vorschlag gemacht, zur Aufstellung der Brückenwaage einen geeigneteren Platz zu wählen. Diesem Vorschlag stellte sich jedoch das Bedenken entgegen, daß dann dort auch ein eigener Beamter stationiert werden müsse, und dadurch die Sache sehr teuer zu stehen kommen würde. — Da in der Finanz-Kommission die Stimmen für und wider die Anlage zur Hälfte getheilt waren, so überläßt dieselbe es der Versammlung, ob der Antrag auf Errichtung der Brückenwaage die nötige Unterstützung findet. Der Antrag findet genügende Unterstützung und so wird in die weitere Diskussion eingetreten. Herr Mamroth erinnert, daß er als Mitglied der Finanzkommission seine Ansicht dahin ausgesprochen habe, daß man die Errichtung einer Brückenwaage der Privatspekulation überlassen möge; daß jedoch, weil dieselbe sich bisher dieses Gegenstandes nicht bemächtigt habe, deutlich erächtlich sei, daß kein Bedürfnis zur Errichtung vorhanden sei. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Instituts ist vollkommen dieselbe, auch wenn dasselbe ein privates ist. Gegen die Aufstellung der Brückenwaage vor der Stadtwaage ist außerdem geltend zu machen, daß dadurch der Alte Markt wohl nicht an Schönheit gewinnen würde. — Herr Schmidt: Durch einen früheren Obertribunalsbeschluß ist es als Rechtsgrund für die Errichtung einer Brückenwaage der Privatspekulation festgestellt worden, daß ein jeder eine Waagenanlage einrichten könne. — Herr B. Jaffe: Analog diesem vom Vorredner angeführten Bestimmung steht es in unserer Stadt Privatvermessungsanstalten für Höhlungswege, welche mit Wirthshäusern wirken. Nichtsdestoweniger jedoch darf es nicht vergessen werden, daß in gesetzlich geordneter Weise königliche Vermessungsanstalten nach wie vor in Thätigkeit sind, auf welche in Sittfällen refuriert werden darf und muß; eine ähnliche Stellung nimmt das hiesige Waageninstitut ein, für dessen Fortbestand sich die Handelskammer auf Anfrage des Magistrats vor zwei Jahren ausgesprochen hat. Tatsächlich existieren in allen größeren Städten der Monarchie derartige städtische Waagenanstalten; der Nutzen der vorgelegten Einrichtung einer Brückenwaagenanstalt für Lasten und Fuhrwerke ist so vielfältig auch heute besprochen, daß es wohl überflüssig erscheint, darauf noch des Weiteren zurückzufallen; jedenfalls empfiehlt es sich, den Antrag wegen Herstellung einer solchen Anstalt dem Magistrat zur Prüfung zu überreichen. — Bei der Abstimmung wird dieser Antrag von der Versammlung mit überwiegender Majorität angenommen. (Schluß folgt.)

Ein Musiker ohne Hände. Am Dienstag fand im Lamberg'schen Saale das erste Konzert des händelos geborenen Hornvirtuosen Friedrich Böhme, gebürtig aus Sachsen-Altenburg und seit längerer Zeit in der Schweiz ansässig, statt. Von beiden Händen sind diesseits des Handgelenkes nur Stummel von etwa zwei Zoll Länge vorhanden und es ist bewundernswert, wie fertig mit denselben der Virtuose schwierige musikalische Instrumente zu behandeln versteht. Sein Hauptinstrument ist das Waldhorn ohne Ventile, auf welchem die verschiedenen Töne nur durch Stopfen hervorgebracht werden. Als Mitglied der Opernkapelle zu Zürich hat Dr. Böhme dieses schwierige Instrument, das nur von Wenigen (wir nennen unter ihnen den berühmten Bivier) gespielt wird, Jahre lang unter Direction von Richard Wagner geblasen. Was für herrliche Töne diesem spröden Instrumenten entlockt werden können, beweist der Virtuose durch den Vortrag des Steyer'schen Vändlers von Lindner. Weitere andere Piecen, darunter sehr schwierige Variationen, wurden von ihm auf dem Bariton, einem Blechinstrument mit drei Pump-Ventilen vorgetragen. Triller und chromatische Läufe gelangen ihm vollkommen, als vielen Bläsern, welche sich ihrer gesunden 10 Finger erfreuen. An die ihn begleitenden fünf Musiker vertheilte Dr. Böhme stets selbst mit großer Schnelligkeit die verschiedenen Stimmen, welche er selbst sehr korrekt und sauber geschrieben hat. Wir überzeugten uns persönlich, mit welcher Gewandtheit, und wie sauber und schön derselbe trotz seiner Stummel zu schreiben vermag, und wie es wohl keine Manipulation gibt, welche er nicht gleichfalls auszuführen im Stande ist; selbstverständlich jedoch braucht er dazu stets beide Arme, und das seine Gefühl, welches sonst in den Fingerspitzen liegt, ist bei ihm in den Nerven ausläufen der Stummel konzentriert. So erregt denn dieser Hornvirtuose in jeder, auch in physiologischer Beziehung, ein lebhaftes Interesse; seine Leistungen liefern den Beweis, daß der Mensch auch ohne diejenigen Gliedmaßen, die ihm scheinbar unentbehrlich sind, durch Uebung von Jugend auf alle zu seiner Existenz notwendigen Fertigkeiten sich aneignen kann.

Gempen., 1. Februar. Einen so schauerlichen Polterabend, wie ihn in voriger Woche ein Bräutigam in unserer Gegend erlebt, würde man kaum mehr in Romanen schildern dürfen, ohne der Übertreibung bezichtigt zu werden. Und doch ist's Wirklichkeit, die ich Ihnen berichte. Am Abend vom 26. zum 27. v. M. fuhr aus dem kleinen polnischen Städtchen Wielin ein Bräutigam mit einem Begleiter nach unserem Nachbarstädtchen Varanow,

aufzustellen, zur Ausführung gebracht hat, zum Staunen und zur Bewunderung unserer Jugend, die so etwas Außerordentliches hier noch nicht erlebt hat. Vielleicht wird sich jedoch grade beim Scheine dieser Laterne noch deutlicher erkennen lassen, wie fühlbar der Mangel einer ordentlichen Beleuchtung, wenigstens der Hauptstraßen, ist, wenn man die Hindernisse, die den verstopften Wänden in Gestalt von Pfützen und Pflasterunebenheiten entgegnetreten, glücklich überwinden will. Der Anfang ist gemacht, die Väter der Stadt werden dafür Sorge tragen, daß dieser Anfang nicht auch das Ende des errungenen Fortschritts sein wird. — Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Männerchor erstmals sein zweites Stiftungsfest durch einen solennem Ball. Das Fest verlief zur Zufriedenheit aller recht heiter und gemütlich. Einige von den Mitgliedern vorgetragene Gefangenpiecen trugen nicht wenig zur Unterhaltung und Aufheiterung der zahlreich erschienenen Gäste bei. Wir wünschen nur, der Verein möge noch recht lange in seiner jetzigen Frische bestehen und die Gefälligkeit in unserem Städtchen fördern.

Grawitz, 3. Februar. Eben werden in Folge des Ankunft des Herrn Ober-Regierungsraths Begener aus Posen, der Magistrat und die Stadtverordneten unter dem Vorsteher des Herrn Kreislandrats zu einer Konferenz auf dem Rathause berufen. Erstgenannter ist im Auftrage der tgl. Regierung beauftragt worden, um dem Herrn Bürgermeister Hausleitner das Patent zu überreichen, Kraft dessen er zum Ober-Bürgermeister ernannt worden ist. Diese für unsere Stadt ebenso erfreuliche wie bedeutungsvolle Kunde mußte Herrn Hausleitner seiner Unfähigkeit halber in dessen Behausung mitgetheilt werden. Es geschah dies durch erwähnten Ober-Regierungsrath im Beisein des tgl. Kreislandrats, des Magistrats und der Stadtverordneten.

Bromberg, 3. Februar. In seiner Montagsitzung beschäftigte sich der Handwerker-Verein mit der Gründung eines Rechtschutzbundes gegen böswillige Schuldner. Der Gegenstand führte zu einer längeren Debatte, in welcher die Statuten ähnlicher Vereine vorgetragen wurden. Man beschloß schließlich die Gründung des Vereins. Jedes Mitglied hat das Recht, dem Vorsteher böswillige Schuldner zu bezeichnen. Diese werden vom Vorsteher zur Zahlung mit der Drohung aufgefordert, daß ihre Namen bei Nichtzahlung veröffentlicht werden würden. Erfolgt die Zahlung nicht und gibt der Schuldner keine ausreichende Entschuldigung ab, so wird sein Name in eine Liste eingetragen, welche unter den Mitgliedern zirkuliert; so wird dem Schuldner bei den Vereinsmitgliedern jeder Kredit abgeschnitten. Auch mit anderen Vereinen soll der Bromberger in Korrespondenz treten und einen Austausch der Namen der betreffenden Schuldner herbeiführen.

x. Gnesen, 1. Februar. Unser Kreis hat das Vorwort Kawiorj mit einem Areal von 240 Morgen für den Preis von 32,000 Thlr. angekauft. Von diesem Boden sind 72 Morgen für einen Bahnhof der Posen-Thorner Eisenbahn ausgesetzt. Der Rest soll parzellirt werden. — Am 21. Januar hielt der St. Vincent a Paulo-Verein unter Vorsitz des Herrn Erzbischofs die alljährliche Generalversammlung ab. Die Einnahmen des verflossenen Jahres betrugen 5391 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf., die Ausgaben 5083 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. Der Verein unterstützte im Jahre 1868 567 Familien. In dem neu errichteten Spitäle fanden 20 alte kranke Frauen ein Unterkommen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Theologisches Universallexikon. Zum Handgebrauch für Geistliche und gebildete Nichttheologen. Elberfeld, Verlag von R. L. Fritzsche. Dieses in Lieferungen (a 4 Bogen, Legifonformat) erscheinende, auf 2 starke Bände berechnete Werk will ein praktisches Nachschlagebuch für alle Fragen sein, die das Gebiet der Theologie und der ihr verwandten Wissenschaften berühren. Nach den vorliegenden Hefthen wird dieser Zweck in einer Vollständigkeit erreicht, wie es nur durch die Bearbeitung der einzelnen Artikel durch kompetente Verfasser möglich ist. Das Werk sucht einerseits dem Mann vom Fach zu genügen, hat aber andererseits auch das Bedürfnis aller gebildeten Leuten ins Auge gefaßt und befriedigt dasselbe sowohl dem Inhalt als der Darstellung nach so ausreichend und zweckmäßig, daß wir bei der heutigen, jedenfalls noch längere Zeit steigenden Wichtigkeit der kirchlichen Bewegung, die doch ohne gründliche Kenntnis ihrer Grundlagen und Ausgangspunkte unmöglich in ihrer Bedeutung und Tragweite erkannt, noch weniger aber zu geheimlichen Resultaten geführt werden kann, dies Werk als ein in hohem Grade zeitgemähes willkommen heißen können.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ Berlin, 3. Februar. Bei den früheren Verhandlungen des deutschen Zollvereins war bei Feststellung der Steuervergütung für ausgeführten Rübenzucker angenommen worden, daß der Satz von 2 Thlr. 22½ Sgr., resp. von 3 Thlr. 10 Sgr. für den Zentner ausgeführten Rübenzuckers dem geringeren Rübenzucker den Absatz nach dem Auslande verschließen werde. Man hatte jedoch von vornherein weitere Beschränkungen vorbehalten, wenn diese Voraussetzung sich nicht bestätigen sollte. Nun hat man aber in Preußen die Erfahrung gemacht, daß die obige Feststellung den erwarteten Effekt nicht habe, sondern daß die Steuervergütung auch für den geringeren Rohzucker in Anspruch genommen wird. Deshalb ist bereits für Preußen angeordnet worden, daß die Vergütung nur dann gewährt werden soll, wenn der ausgeführte Rübenzucker nicht weniger als 86 Proz. kristalliniischen Zuckers enthält. Gegenwärtig hat die preußische Regierung es für angemessen erachtet, beim Zollverein eine gemeinsame Anordnung in derselben Weise anzubahnen, und zwar mit der Bestimmung, daß diejenigen, welche bei Ausführung des Rohzuckers die Steuervergütung in Anspruch nehmen, erst die Versicherung abzugeben haben, daß der Zuckergehalt nicht weniger als 86 Proz. betrage, und daß die Ausfuhr inhibirt, resp. die Entscheidung der zustehenden Behörde eingefordert werde, wenn die Annahme vorhanden, daß dieser Gehalt nicht erreicht werde. Dem Bundesrath des Zollvereins ist von dem Vorsitzenden desselben eine entsprechende Vorlage gemacht worden.

****** Das am 18. Januar d. J. zwischen dem Handelsministerium und der l. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn vorbehaltlich der Zustimmung der Kammern und der landesherrlichen Genehmigung, sowie der Genehmigung der Generalverjammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn abgeschlossene Übereinkommen in Betreff der Auflösung des Garantiefonds für

das Anlagekapital der Breslau-Posen-Glogauer und Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn lautet:

§ 1. Die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft räumt dem Staate das Recht ein, den in Gemäßheit der Verträge vom 28. Juli 1853 und vom 30. November 1867 zur Deckung etwaiger Binsausfälle des Anlagekapitals der Breslau-Posen-Glogauer und der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn bestimmten Garantiefonds aufzulösen, und über die in demselben befindlichen Wertpapiere ohne jede Beschränkung nach alleinigem Ermessen frei zu verfügen. — § 2. Der Staat übernimmt dagegen, sobald und soweit er über die in dem Garantiefond befindlichen Effekten zu anderen, den in den Verträgen vom 28. Juli 1853 und vom 30. November 1867 bezeichneten Zwecken verfügt, die Verpflichtung, etwaige Bußgelder zur Vergütung des Anlagekapitals der Breslau-Posen-Glogauer und der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn nach Abgabe der oben bezeichneten Verträge entwederfalls derzeit aus den bereitgestellten Mitteln der Staatskasse in demselben Umfange zu leisten, wie dies aus dem Garantiefond zu geschehen hätte, wenn derselbe für die im § 10 des Vertrages vom 30. November 1867 vereinbarte Dauer in Höhe von 1,400,000 Thlr. und nach Erlöschen der Binsgarantie für das Anlagekapital der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn in Höhe von 200,000 Thlr. bei zinsbarer Anlegung der Bestände desselben zu 4½ Pf. beibehalten wäre. — § 3. In den sonstigen Verpflichtungen des Staates hinsichtlich der gegen die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft übernommenen Binsgarantien wird durch dieses Ueberkommen nichts geändert.

** Wie der „B. C.“ mitgetheilt wird, soll eine Gesellschaft belgischer und englischer Unternehmer und Finanzmänner die Absicht haben, eine Eisenbahn zwischen Brüssel und Mainz zu bauen. Die Kosten sind überschlägig zu 30 Mill. Thalern angenommen und die Bahnlinie soll über St. Vith, Prüm und Simmern nach Bingen gehen.

** In ihrer Polemik gegen Aufhebung der Portofreiheit theilt die „N. Pr. Btg.“ folgende Zahlen mit:

Die Zahl der 1868 in Preußen portofrei beförderten Briefe (Kreuzbände) betrug bei einem Gesamtverkehr von (etgl. 7 Millionen transitierten und etwa 97 Millionen Beitungsexemplaren) etwa 202 Millionen Briefen, 35 Millionen Briefe (also jeder jechte Brief privilegiert) und bei einem Gesamtverkehr von 18 Millionen Paketen und 8,400,000 Wertsendungen, letztere mit 1290 Millionen Thalern an Wert, ohne den Transitzverkehr, auf portofreien Fahrrpostsendungen ungefähr 1,600,000 Pakete und 596,000 Wertsendungen, letztere im Werthe von 41 Millionen Thalern. Das Porto für diese Sendungen würde natürlich weit mehr decken, als die jetzige Mindereinnahme des Aerars.

** Der bleibende Aufschluß des Deutschen Handelstages in Berlin hat, wie die „Magdb. Btg.“ meldet, in neuester Zeit eine erhöhte Thätigkeit entwickelt. Seinen Mitgliedern hat derselbe die Abschrift zweier Eingaben, betreffend das Transportwesen und die Erhebung des Wechselstempels, überwandt, welche das Präsidium den Beschlüssen des letzten Handelstages bei Übereinigung an das Bundeskanzleramt beizufügen für nothwendig erachtet hat. Eine dritte Eingabe ist an den preußischen Justizminister gerichtet und Abschrift davon an das preußische Haus der Abgeordneten gesendet worden; diese letztere Eingabe bezieht sich auf das Konkurrenzverfahren und mußte sich der Sachlage entsprechend auf eine gedrängte Besprechung der Gesetzvorlage einlassen, welche augenblicklich diesem Theile der preußischen Landesvertretung vorliegt. — In Vorbereitung befindet sich ferner eine Denkschrift, betreffend das Münzwesen, welche den neuesten Stand der Dinge rekapitulirt und beleuchtet. Sie wird ganz besonders Rücksicht zu nehmen haben auf die Beschlüsse, welche in der Doppelwährung eine gegenwärtig in Paris niedergelegte Kommission fassen, und auf die Entscheidungen, welche demnächst die französische Regierung treffen wird. — Über die Binnenschiffahrtsgezegung, über die Ausgleichung der Börsenfancen in Bezug auf Notrungen nach Maß oder Gewicht sind sorgfältige Untersuchungen veranlaßt und das Präsidium hofft, die zur Beratung dieser Gegenstände nothwendigen Kommissionen im Zusammenhange mit den Sitzen des bleibenden Ausschusses zu Anfang März einzurufen zu können.

Bermischtes.

* Berliner Banquiers ist die Mittheilung zugegangen, daß ein Postexpedient aus Dillenburg 10,000 Thlr. an baarem Gelde aus der Postkasse entnommen habe und damit verschwunden sei. Es wäre möglich, daß er schon vorher Wertheffekte, die als Postfond in seine Hände gekommen, anektiert habe. Der Mann heißt Unbekannt.

* Da Geschichtsstudien, wie sie Graf Bismarck getrieben, nicht Jedermanns Sache sind, so ist es vielleicht manchem unserer Leser erwünscht, wenn wir den von dem Herrn Ministerpräsidenten in der Sonnabendsgesellschaft des Abgeordnetenhauses gebrauchten Ausdruck der „Erie und Brabant“ erklären. Die Welfen leiten ihren sagenhaften Ursprung von dem Hause Erie her und das hessische Haus von Heinrich dem Kind, für welchen dessen Mutter, die Herzogin Sophie von Brabant, die Tochter des thüringischen Landgrafen Ludwig IV. und der heiligen Elisabeth und Gemahlin des Herzogs Heinrich V. von Brabant, nach dem Erlöschen des landgräflichen Hauses im Mannesstamm mit Heinrich Kaspe (1247) zum mindesten die hessischen Besitzungen gegen die Ansprüche des Markgrafen von Meißen rettete. Graf Bismarck gebrauchte diesen Ausdruck in analoger Weise, wie Louis XVI. nach seiner Enthronung „Copet“ genannt wurde.

* Auf dem Schießplatz bei Tegel ist am verflossenen Donnerstag, wie die „Btg.“ erzählt, bei den fortgesetzten Schießversuchen ein Gußstahl-Spiel und siebenzigfunder iraq verhältnismäßig geringer Ladung derart gesprungen, daß einzelne Stücke von 20 Zentimetern bis 200 Schritt rückwärts geschleudert worden sind. Dieses Ereigniß trat so überraschend und gegen Erwartung ein, daß die Bedienungsmaennchen, welche sonst bei vermutlicher Gefahr während des Probeschusses vollständig gedeckt stehen, gar keine Vorsichtsmahrgeln getroffen hatten. Als ein besonderes Glück kann es daher angesehen werden, daß Niemand verletzt wurde und nur ein Stabsoffizier durch den Luftdruck eine kleine Kontusion davon geträgt hat.

* **Breslau**, 1. Februar. Die „Bresl. Btg.“ meldet: Gestern früh entstand ein Feuer, bei dem, obwohl es schnell unterdrückt wurde, der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist. Der 60jährige Privatgelehrte Julius Krüger, ein Sonderling im wahren Sinne des Wortes, hat in seiner Wohnung einen so großen Vorrath von Büchern, Zeitungen, Antislättern, Manuskripten &c. aufgehäuft, die in großen Haufen im Zimmer umherlagen, daß die Mannschaften und Feuerwehr im Laufe des Vormittags nach Bekämpfung der Gefahr ungefähr 10 Stz. davon aus seinem Zimmer hinauszuschaffen hatten. Krüger ließ schon seit vielen Jahren niemand mehr seine Wohnung betreten, ging wenig oder fast gar nicht aus, stand jeden Morgen früh auf und arbeitete den Tag über fleißig. Wahrscheinlich ist ihm gestern, als

er zeitig wieder an die Arbeit ging, der brennende Wachsstock herabgefallen und hat die umher liegenden Papiere in Brand gestellt. Krüger wurde, als man das Feuer gelöscht, ersticht und halb verbrannt unter seinen Papieren liegend aufgefunden.

* **Varis**, 1. Februar. Der Prozeß der Prinzessin Isabeau v. Beauvois-Craon macht gegenwärtig hier großes Aufsehen. Die genannte Prinzessin, geb. 1832, ist in die Hände eines Herrn und einer Frau von Gulden-Stubbe, die sich der Verwandtschaft mit den vornehmsten souveränen Häusern rühmen, gefallen. Dieses Paar, hochgeehrt, macht in Spiritismus und hat sich durch Geisterklopfer und ähnliche Dinge der unglücklichen Dame so bemächtigt, daß dieselbe in einer wahnsinniastischen Abhängigkeit von ihnen steht, geistig verwirrt erscheint ic., wobei denn auch das Vermögen der Prinzessin bedeutende Einbuße leidet. Die Prinzessin wurde ihrer Familie völlig entfremdet, endlich gar nach England und Belgien ins Ausland geführt, wo sie fortwährt, „auf Befehl aus dem Geisterreich“ Wechsel zu unterzeichnen. Es verfehlt sich, daß die Familie sich gegen diesen Schindel erhob, aber vergeblich; zuerst die Mutter (eine Tochter der Gräfin Cayla, die bekannte geistvolle Freundin König Ludwigs XVIII.), dann der Bruder, Prinz Ludwig, der im vorigen Sommer, gerade als er Herrn v. Gulden-Stubbe verließ, durch die Selbstentladung eines Pistols endete, das er in der Tasche trug. Endlich hat ein Familienrat die Prinzessin interdisziert und ihrer Person einen Vormund gesetzt, den Fürsten Marc von Beauvois-Craon, Chef des Hauses und ihren Gütern einen Verwalter, den Vikomte Denis Omer von Talon, ihren nächsten Verwalter. Gegen diese Vormundschaft nun hat die Prinzessin, einem Befehl aus dem Geisterreich folgend, auf gerichtliche Entscheidung provoziert. Der Prozeß, der nun begonnen hat, bietet ein merkwürdiges Bild der geistigen Verfehltheit, in welche die unglückliche Prinzessin durch die spiritistischen Machinationen der beiden alten Leute gerathen ist. Die vornehmsten Familien Frankreichs sind dabei interessiert durch ihre Verwandtschaft und zum Theil auch durch persönlichen Verkehr mit der Prinzessin; die Herzogin von Cube, der Herzog von Mortemart, die Prinzessin d'Autignon u. a. m. Der Prinz Ludwig, der im vorigen Sommer so unglücklich endete, ist offenbar schon als ein Opfer dieser grohsartigen Schindelgeschichte gefallen; denn es ist jetzt kein Zweifel, daß er den Baronen mit dem geladenen Pistol bedroht wolle, durch welches er umkam.

* „Aus russischer Quelle“ geht einem Korrespondenten des „B. C.“ folgende interessante, allerdings zunächst wohl auf Sensation berechnete Mittheilung zu: In den Regierungskreisen von St. Petersburg erzählte man sich, daß menschlicher Brechung nach in 50 Jahren kein St. Petersburg mehr existiren werde. Die Stadt führt — freilich sehr unmerklich, aber mit erfreulicher Regelmäßigkeit, und die mit der Untersuchung betrauten Sachverständigen erklären die Bodenverhältnisse für so ungünstig, daß höheren Ortes bereits die Vorkehrungen zur Verlegung der Residenz getroffen werden (?). Schon vor einiger Zeit meldeten die Journale, man habe Befehl erteilt, in Kijew einen kaiserl. Palais zu erbauen. Die öffentliche Meinung erblickte in dieser Anordnung einen Alt von rein politischer Natur; nach dem Vorhergehenden dürfte die Staatsklugheit der moskowitischen Politiker nur bei der Wahl zwischen den verschiedenen ihr zu Gebote stehenden Städten des Kaiserreichs ins Spiel kommen; die Verlegung selbst ist eine durchaus unfreiwillige, ein Flüchten vor den Gewalten der Elemente. Es war ein Willkürakt, sich in den Morastgegenden der Neva ein Denkmal setzen zu wollen; jetzt appliziert das Sultum dem dritten und viersten Glied seine eiserne Lektion. Es scheint, daß man vorläufig aus unbekannten Gründen die Sache, deren Wahrnehmung sich natürlich dem großen Publikum entzieht, geheim halten will. Vielleicht ruft die Mittheilung ein Communiqué hervor und veranlaßt eine weitere Erörterung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Angemommene Freunde

vom 4. Februar.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Polczynski aus Bahrzewo, Moldenhauer aus Polkaw, Bielen aus Wydzicawice, Tieze aus Klebezewo.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Beyerst und Braun aus Berniki, v. Jarantowski aus Miniszewo, Frau v. Buchowska und Tochter aus Pomarzanki, Eisenhammerbesitzer Friede aus Koźnowo-Mühle, Kaufmann Promnitz aus Frankfurt a. O., Maurermeister Steinbach aus Schröd.

EICHENER BORN. Kaufmann Adam und Fräulein Adam aus Rawicz, Glasermeister Iwig und Handelsmann Rummelsburg aus Rydzynow.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Chlapowski und Frau aus Koparzewo, v. Krajewski aus Komorze, Baron v. Ettorff und Frau aus Swippendorf, Frau v. Winterfeld und Tochter aus Mur-Goslin, v. Rogalinski aus Belfowo, Propst Karczynski aus Strzelice, die Kaufleute Labaume aus Paris und Werner aus Frankfurt a. O.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Kwielecki und Kunz aus Zions, Davisowicz aus Bagorowo, Holz aus Wreschen, Frau Gordon aus Samoczyń, Fräulein Barbara aus Kurnit, Delonom Malecka und Tochter aus Dolsig, Spediteur Chrlich aus Pleśchen.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Mycielski a. Smogorze, v. Bniński aus Czernachowo, v. Gólfowksi a. Dąbrzyn, v. Dąbrowski aus Pielewie, v. Koscielski aus Kątowice, v. Kowalski aus Sarbia.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Glaß aus Kosten, Fröhlich aus Sagan, Bürger Kopinski aus Miejsce.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Robert aus Berlin, Stach und Liebrecht aus Stettin und Sühmann aus Torgau, Rentier Oberski aus Lissa und Agronom Bielinck aus Słesin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Niegolewska aus Włoszyci, v. Szulderski aus Polen, v. Skrzyplewski aus Ociezyn, v. Ruitowski aus Podlesie Koscielne, v. Pangowski aus Noszeczn, v. Lukomski und Frau aus Gonice, v. Mitorski aus Kudnik, von Dzembrowski und Frau aus Ruszlowo, v. Pilarski und Frau aus Szelentice, v. Kierski aus Poburka, v. Radomski und Frau aus Ninino, v. Czapska aus Cerekowice, die Kaufleute Adam aus Berlin und Hedinger aus Breslau, Rechtsanwalt Batek aus Kempen, Gutsbesitzer Oberfeld aus Libartow.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Kozorowski und v. Piwnicki aus Jasten, Graf Bniński aus Uscz, v. Potworowski aus Chłapowo, v. Jaraczewska aus Gliwice, Landschaftsrath von Raszewski aus Bielovo, Rittmeister v. Jaraczewski aus Italien, Konf. Heyde aus Stettin, die Kaufleute Beter, Griebel, Badewitz und Wolff aus Berlin, Kahn aus Paris, Browne aus Radevordwald, Wahnschaffe aus Hamburg, Gerhardt aus Schwelm.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 1076 die Firma C. A. Frenzel zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Carl August Frenzel dargestellt, auf folgende Verfügung vom 30. Januar 1869 heute eingetragen.

Posen, den 1. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Reparatur der Warthebrücke bei Dobrik, veranschlagt auf 401 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf., soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erziellichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch beim Substaatsgericht anzumelden.

A u c h t i o n.
Freitag den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, werde ich in der sogenannten alten **Betschule** die den Asch'schen Erben gehörige **Sitzbank** Nr. 11 im Frauenchor öffentlich gegen baare Zahlung versteigern.

Manheimer, königl. Aukt.-Kommissarius.

Marmor-, Delgemälde- u.
Auktion.

Montag den 8. und Dienstag den 9. Februar c., Vormittags von 10 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich im **Bazar Posen**, Urnen c., ferner **Silber-** gegenstände kunstvoller Arbeit, verschiedene **Delgemälde**, **Kupferstiche** u. öffentlich meistbietend versteigern.

Ruchlewska,
königl. Auktions-Kommissar.

Gutskauf-Gesuch.

Von mehreren befreundeten und bekannten Herren aus deutschen Provinzen nach verkäufst. Gütern in d. Proc. Posen befragt, und um diverse Anschläge erucht, dürfen wir (hier selbst Besitzer) in der Lage sein, Verläufe einzuleiten und zu vermitteln, und bitten deshalb diejenigen Herren Besitzer, welche zu verkaufen beabsichtigen, die strengste Discretion versichernd, überhaupt in reeller Weise bedient sein wollen, um genaue spezielle Angaben aller Guts- und Bodenverhältnisse, des Hypothekenstandes u. w. ferner auch um die Erlaubnis, die betr. Güter vorher selbst besichtigen zu dürfen.

Gef. Offerten sub **J. & H.** poste rest. Gnesen.

6000 Thaler

zur sicheren Hypothek auf ein Rittergut werden gesucht. Gefällige Offerten bitte sub **A. Z.** poste restante **Posen-Lissa.**

Nur noch bis 10. d. Mts.

Fußleidenden.

Mit Recht scheut sich Jeder, seinen Fuß der Behandlung mit einem Messer zu unterwerfen, denn eine leichte Unvorsichtigkeit kann die trübssten Folgen selbst mit tödlichem Ausgang haben. Durch meine Methode, die von allen anderen abweichend und nur mit eigenhümlich ist, besiegt ich Hühneraugen, Ballenleiden, Nagelkrankheiten in allen Stadien u. s. w. bei sofortiger Linderung ganz schmerz- und gefühllos.

Hühnerärztin **Elisabeth Kessler**,
s. S. Hotel de Rome in Posen.
zu konsultieren von 10—5 Uhr.

Keine Hämorrhoiden mehr!

Radikale Heilung von diesem furchtbaren Uebel und **Unterleibbeschwerden aller Art** gewährt einzig und allein nach Ausweis zahlloser Atteste nur **Dr. Beach's**, des ber. amer. Arztes, Heilmittel. **Prospecte gratis** auf Franco-Anfr. an die Drogenhandlung von **Louis Müller** in Leipzig.

Unterricht im Porzessanmaßen erhältlich **Strobel**, Posen, Wilhelmsplatz 15. An einer Lektion können 2—3 Schüler Antheil nehmen.

Eine Schneiderin sucht Beschäftigung im Schneider- und Wäschendienst bei Herrschaften. Sie erfragen St. Martin 72 bei **Seidel**.

Weinen soeben erschienenen diesjährigen vollständigen Katalog von

Gemüse-, Dekonomie-, Gras-, Holz- und Blumen-Sämereien u. c. versende an Bestellanten gratis und franco.

Heinrich Mette in Quedlinburg.

Niesen-Nunkelrüben-Samen, gelber Pöhl'scher Gattung, verkauft den Schef. für 5 Thlr. 10 Sgr., und die Weze zu 10 Sgr.

Carl Heinze,

Borwertsbesitzer in Klecko.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 4. Februar 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

	Not. v. 3.	v. 2		Not. v. 3.	v. 2
Roggen, hell.	52½	52½	51½	Märk. Pos. Stm.	
Februar . . .	52½	52½	51½	Aktien	66½ 66½ 67
April Mai . . .	51½	51½	50½	Frankozen	179½ 179½ 180
Mai-Juni	51½	51½	51½	Lombarden	129½ 129½ 130½
Panalliste:				Neue Pos. Pfandbr. . . .	84½ 84½ 84½
Nübel, behauptet.				Russ. Banknoten	83 82½ 83
laufend. Monat 91/24	9½	9½	9½	Poln. Liquidat. . . .	
April-Mai	9½	9½	9½	Pfandbriefe	57½ 57 56½
Spiritus, matt.				Posse	82½ 82½ 82½
laufend. Monat 14½	15½	15½	15½	Stallener	56 56 56½
April-Mai	15½	15½	15½	Amerikaner	80½ 81 80½
Juni-Juli	15½	15½	15½	Türken	39½ 39½ 39½
Panalliste:					
nicht gemeldet.					

Stettin, den 3. Februar 1869. (Marese & Mass.)

	Not. v. 3.			Not. v. 3.	
Weizen, behauptet.	70	69½	Gebruar	9½ 9½	
Frühjahr	70	70	April-Mai	9½ 9½	
Mai-Juni	70½	70½	Spiritus, hell.	14½ 14½	
Roggen, unverändert.			Februar	14½ 15½	
Frühjahr	52	52	Frühjahr	15½ 15½	
Mai-Juni	52½	52½	Mai-Juni	15½ 15½	

Gemüse- u. Blumensämereien
für
Frühbeete
empfiehlt die Samenhandlung
Gebrüder Auerbach.

NB. Unsere Preis-Verzeichnisse in deutscher und polnischer Sprache erscheinen Ende dieser Woche.

Gebrüder Born,
Erfurt,

Samenhändler, Kunst- und Handelsgärtner, gestalten sich. Gärtner, Gartenfreunde und Blumenliebhaber auf ihr reichhaltiges illustriertes Preis-Verzeichniß aufmerksam zu machen.

Bem.: Dasselbe steht jedem Verlangenden gratis und franco zu Diensten.

Bei dem Handelsmann **Wilhelm Wuttig** in **Herrnstadt** in Schl. stehen zu jeder beliebigen Zeit 30—40 Stück Zugoschen zum Verkauf.



nebst Nähr empfange Freitag den 5. Februar c.

Carl Bachstein,
Biehändler in Posen, Schweinemarkt 19.

150 Masthammel

find in Niemczkowo bei Samter zu verkaufen.

Das Kinder-Garderobengeschäft

von Geschwister **Gensler**, Wasserstr. 4, erste Etage, empfiehlt den Vorraum von Mädchen- und Knabenanzügen zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bugleich machen wir die ergebene Anzeige, daß wir auf Bestellung sowohl Kindergarderobe als auch Garderobe für Damen, und alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten annehmen.



Ball-Krinolinen,
Korsefs,
Baschiks,
Garnituren,
Pariser Bijouterien und
Schärpen

empfiehlt

M. Zadek jun.,
Neuestraße 4.

Strohhüte zum Waschen und Modernisieren übernimmt und besorgt aufs billigste und Beste die **Puz- und Strohhut-Handlung**

W. Gudat,
Wilhelmsstraße 13.

1/2, 1/4, 1/8. **Antergesäße kaufst**

H. S. Jasse Nachfolger.

Veränderungshalber beabsichtige ich mein hier selbst bestehendes Zigarren-Geschäft aufzugeben. Die vorhandenen Bestände von Zigarren u. s. w. verkaufe ich deshalb von heute ab unterm Einheitspreise. Einem Abnehmer im Ganzen würde ich die günstigsten Zahlungsbedingungen stellen.

Posen, den 2. Februar 1869.

Siegmund Bernstein.

Um Ratten und Mäuse, selbst wenn solche noch so massenhaft vorhanden sind, sofort spurlos zu vertilgen, offeriere ich meine giftfreien Präparate in Schachteln zum Preise von 15 Sgr., welche den in dieser Beziehung so oft und derb getriebenen Prellerien jetzt nunmehr "für immer" ein gewisses Ziel seien.

E. Sonntagh,
Arzt und Chemiker in Weitelsmünde. NB. Alleiniges Depot für Posen und Umgegend bei

Herrmann Moegelin,
Bergstraße Nr. 9.

Die sehr beliebten **Pico- & La Rosa-Cigarren**, das Mille 20 Thaler, sind wieder abgelagert zu haben bei

J. Zapalowski,
Breslauerstraße 35.

Frische Austern

empfangen täglich und empfehlen

Th. Baldenius Söhne.

ca. 100 Tonnen billiger

Hering zu verschiedenen Preisen, sind zu haben in Stettin große Lasten die Nr. 37.

Heringshandlung en gros.

Leb. Seehefe, Sand. u. Bars. Donn. u. b. Kletschoff.

Fetten Näncherlachs, großköpfigen

Blumenkohl, Góraer Zucker-

schooten in Büchsen, Tel-

tower Rübchen, Ma-

ronen, Bajonner Schin-

ken ohne Knochen, Charlott-

tenburger und Braunschweiger

Cervelatwurst empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Für Auswanderer.

Billigste Schiffsglegenheit nach Amerika vermittelst Bremer Post-dampfschiffen und großen dreimastigen Segelschiffen durch das Haus **Z. S. P. Schröder & Comp.** in Bremen weist nach

der von der l. Regierung konzessionirte

Auswanderungs-Agent

Siegmund Bernstein.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 6. d. M., Nachmittags

2 Uhr: Herr Dr. Magener: Neuer Son-

nenfinsternisse.

Familien-Nachrichten.

Meine Verlobung mit Fräulein Rosa Ja-

cobsen aus Danzig habe ich mich, statt be-

sonderer Meldung, ergebenst anzugeben.

Danzig, den 2. Februar 1869.

Max Mankiewicz.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berlobungen. Fräulein Helene Langerhans

in Frankfurt a. M. mit dem Gerichtsassessor

Franz Barth in Berlin.

Verbindungen. Hauptmann im Gene-

ralstab der 2. Garde-Inf. Division Karl von

Weber mit Fr. Hedwig v. Treskow, Haupt-

mann im Anhalt. Inf. Reg. Nr. 93, Hugo von

Wenzel mit Fr. Klara v. Grävenitz in Quez,

Hauptm. im Westf. Feld-Art. Reg. Nr. 7, Al-

bert Dienemann mit Fr. Mathilde Schlieper

in Köln.</

Leinöl lolo 10½ Br.

Spiritus pr. 8000% lolo ohne Fas 15½ Br. b., lolo mit Fas —, per diesen Monat 15½ a 15 Br. b., Br. u. Gd. Febr.-März do. März-April 15½ b., April-Mai 15½ a 5/24 b., 1 Br. 1 Gd. Mai-Juni 15½ a 1 b. u. Br. 1 Gd. Juli 15½ Br. 12 Gd., Juli-August 16 b. u. Br. 15½ Gd., August-Sept. 16½ Br. 1 Gd.

Berichtigung. Am 1. Februar c. ist Spiritus lolo ohne Fas 15½, nicht 15½, bezahlt worden.

Weizl. Beizenmehl Nr. 0. 4½-4 Br., Nr. 0. u. 1. 3½-3½ Br. Mogenmehl Nr. 0. 3½-3½ Br., Nr. 0. u. 1. 3½-3½ Br. pr. Ctr. unversteuert egl. Sad.

Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert intl. Sad: per diesen Monat 3 R. 17 Sgr. Br., Februar-März 3 R. 16½ Sgr. Br., März-April 1 Br., April-Mai 3 R. 16 b., Mai-Juni 3 R. 17 Sgr. Br.

Petroleum, raffiniert (Standard white) pr. Ctr. mit Fas: lolo 8½ Mt. Br., per diesen Monat 8½ Br. b., Februar-März 8½ Br. b., März-April 8 Gd., April-Mai 8 Gd. (B. H. B.)

Stettin, 3. Februar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: leicht bewölkt.

+ 4° R., Nachts leichter Frost. Barometer: 28. Wind: NW.

Weizen behauptet, p. 2125 Pf. lolo geringer ungar. 58½-61 Rt. besserer 62-64 Rt., feiner 65-66 Rt., bunter poln. 67-70 Rt., welcher 69 bis 72 Rt., gelb. 69½-70½ Rt., feinst 71 b., 83½ Pf. gelber pr. Frühjahr 69½-70 b., Mai-Juni 70½ b.

Roggen fest, p. 2000 Pf. lolo 51-52½ Rt., pr. Februar 52 R. Br., Frühjahr 51½, 51½ b. u. Gd., Mai-Juni 52 b. u. Gd.

Gefüre stille, p. 1750 Pf. lolo geringe ungarische 40-41 Rt., bessere 42-43 Rt., feine 44-45, märt. 52-53 Rt., feine 54 Br.

Hafer stille, p. 1800 Pf. lolo 33½-34½ Rt., 47/50 Pf. Frühjahr 34½ R. Br., Mai-Juni 34½ Gd.

Erbsen lolo p. 2250 Pf. Butter 54½-56 Rt., Koch. 56½-57 Rt.

Mais ab Bahn 2 R. 3 Sgr. b.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen

65-73 52-56 44-49 33-36 55-58 Rt.

Heu 12½-17½ Sgr. Stroh 7-9 Rt. Kartoffeln 11-13 Rt.

Rüböl behauptet, lolo 9½ R. Br., pr. Februar, Febr.-März 9½ Gd., 1 Br., April-Mai 9½ Br. 1 Gd., Septbr.-Okt. 10 R. Br.

Spiritus behauptet, lolo ohne Fas 14½ R. Br., pr. Februar-März 14½ R. Br., pr. Frühjahr 15½, 5/24, 1 b., 1 Br., Mai-Juni 15½ Br.

Angemeldet: 10,000 Quart Spiritus.

Regulierungspreise: Weizen 70 R. Br., Roggen 52 R. Br., Rüböl 9½ R. Br., Spiritus 14½ R. Br.

Leinsemen, Bernauer 12½-13 Rt. nach Markte b., 13 Rt. für beliebte ferner zu bedingen.

Petroleum, rollend 8½ R. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (p. 2000 Pf.) fest, gefünd. 3000 Ctr., pr. Febr. u. Febr.-März 49 b. u. Br., März-April 49, April-Mai 48½-49 b., Mai-Juni 49½ b. u. Br.

Weizen pr. Februar 62½ Br.

Gerste pr. Februar 52 Br.

Hafer pr. Februar 50 Br., April-Mai 50½ Br. u. Gd.

Breslau, 3. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert, matt, ordin. 9-10½, mittel 11½-12½, fein 13-14, hochfein 14½-15. — Kleesaat, weiße flau, ord. 11-13½, mittel 15-16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.

Roggen (

deren Fällen zugeziehen. Die Kommission nahm auch an, daß der Richter denjenigen, der sich in seinem Gewissen gedrängt fühle, beim Schwur den Kopf zu bedecken, oder einen solchen nicht am Sabbath zu leisten, in dieser Beziehung verständige Nachsicht werde zu Theil werden lassen, und hielt dieshalb besondere gesetzliche Bestimmungen nicht für erforderlich. Wird, wie zu erwarten, der Kommissionsvorschlag in beiden Häusern des Landtages angenommen, dann ist wieder ein weiterer Schritt zur vollen Ausführung des Art. 4 und 12 des Verf.-Gesetzes gethan.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Februar.

Sitzung der Stadtverordneten am 3. Februar. (Schluß.)
5) Das Gründstück Nr. 26 St. Koch (Wilhelmswohl) von 1 Morgen 57 Quadratruthen Größe, ist an Herrn Laugwitz für 4 Thlr. jährlich, vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung, verpachtet worden; die Kautionssumme ist damit einverstanden.

6) Betreffend die Aktienzeichnung für die Posen-Słupce-Warschauer Eisenbahn. Der Vorsitzende, Herr Pilet, verliest ein Schreiben des Magistrats vom 20. Januar d. J., in welchem die Stadtverordnetenversammlung benachrichtigt wird, daß die Rechtsverbindlichkeit der erfolgten Aktienzeichnung hiesiger Stadt in Höhe von 250,000 Thlrs. erloschen sei, da die bekannten zwei Bedingungen, an welche die Versammlung die Zeichnung nach Inhalt des Beschlusses vom 15. April 1868 gefügt hatte, nicht eingetreten sind. Sowohl die hiesige l. Regierung, als auch der Herr Oberpräsident, heißt es in dem Schreiben würdig, haben es abgelehnt, die Genehmigung der Anleihe zu befürworten, und von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit in der Refurinstanz haben wir Abstand genommen, nachdem das Eisenbahnmomitee uns unter dem 16. Dezember 1868 angezeigt, daß es sich außer Stande befände, die Konzession zum Bau der Bahn bis zur Landesgrenze bis zum 31. Dezember vorjähriges Jahres zu beschaffen. — Die von den beiden städtischen Kollegien in das Committee gewählten 6 Mitglieder haben, da deren Mitgliedschaft mit der Zeichnung selbst stand und fiel, ihren Austritt aus dem Committee erklärt.

7) Ueber die Verlängerung der Frist zur Burückzahlung des dem Theaterdirektor Schwermer gewährten Vorschusses berichtet Sal. Briske als Referent der Finanzkommission, daß der Magistrat die Versammlung ersucht habe, Herrn Schwermer eine Burückzahlungsfrist für das entnommene Darlehen von 1000 Thlr. bis zum 1. Oktober zu gewähren, und daß die Finanzkommission diesen Antrag befürwortete. Aus den weiteren Verhandlungen geht hervor, daß Herr Schwermer eine Gegenrechnung gegenüber der Kommune hat, indem ihm 250 Thlr. für die Einrichtung der Königsloge unter der Bedingung der Verrechnung seitens der Kommune bewilligt wurden, und dasselbe außerdem mancherlei andere Einrichtungen und Verbesserungen im Theatergebäude getroffen hat, die vielleicht auch zur Verrechnung kommen werden. Bis jetzt sind alle diese Einrichtungen noch nicht rechnungsmäßig abgenommen worden. Es wird darauf von Herrn Mamroth der Antrag gestellt, der Magistrat möge die Gegenforderungen des Herrn Schwermer an die Kommune zur Kompensation bringen, und den Restbetrag denselben bis zum 1. Oktober d. J. prorata gerechnet. Dieser Antrag wird angenommen.

8) Es werden die Ergebnisse der Verhandlungen des Kongresses von Deputirten Norddeutscher Festungsstädte von Herrn Pilet mitgetheilt. (Vergl. Nr. 12 und Nr. 13 unserer Bzg.) Herr Stadtbaurath Stenzel bestätigt sodann noch, daß ein Ausschuß gebildet worden ist, dessen Aufgabe es sein wird, die betreffende Angelegenheit stets im Blute zu erhalten.

9) Betreffend die Wiederbesetzung der vakanten besetzten Stadtrathsstelle. Herr B. Jaffe beantragt, die Diskussion über diese Angelegenheit möglichst aufzuschieben und zuförderst darin abzustimmen, ob bereits heute für den Zweck einer Neuwahl die erforderlichen einstehenden Maßregeln beschlossen werden soll. Nachdem von Herrn Ed. Mamroth darauf hingewiesen, daß sich gegenwärtig die zur Auswahl genangende Anzahl von geeigneten Kandidaten gemeldet, und Herr B. Jaffe die entschiedene Notwendigkeit der Wiederbesetzung der erledigten Stadtrathsstelle betont, wird der Antrag des Herrn B. Jaffe angenommen. Ueber die Modalität des Vorgehens entspinnt sich eine längere Debatte; Herr Nitkowski beantragt, die Angelegenheit der Wahlkommission und gleichzeitig der Finanzkommission zugehen zu lassen, damit die letztere über die Gehaltserhöhung der Stelle vorberate; Herr Pilet macht darauf aufmerksam, daß nach einer Befürverfügung der Regierung von 1864 die Gehaltserhöhungen der Mitglieder des Magistrats erst der Genehmigung der Regierung bedürfen; Herr B. Jaffe beantragt, ohne Befürverfügung der Finanzkommission das Gehalt für die Stadtrathsstelle auf 1200 Thaler zu erhöhen. Herr Ed. Mamroth dagegen beantragt, mit Rücksicht darauf, daß eine genügende Anzahl von geeigneten Kandidaten sich gemeldet habe, die Angelegenheit zunächst der Wahl-Kommission zugehen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen. Seitens der Versammlung wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Wahlkommission schon in der nächsten Sitzung das Resultat ihrer Beratung zur Mittheilung bringe.

Da die zehnte Angelegenheit der Tagesordnung, betreffend die Innenausbauung der rückständigen Schulsumme für den Heizapparat im Stadtttheater noch nicht genügend vorbereitet ist, so wird hiermit die Sitzung geschlossen.

— Die Warthe steht noch immer oberhalb der Wallischeibrücke und unterhalb der großen Schleuse. Freitag Vormittags ließen Schiffer durch das Eis oberhalb der Wallischeibrücke eine Bahn für Oderläne hindurch. — Am Donnerstage fanden die ersten größeren Faschingsbälle statt, davon zwei Privatbälle in den Festzälen des Herrn Oberpräsidenten und im Saale des Bazars, ein öffentlicher Ball im Volksgartenzaale. Am Sonnabend veranstaltet in demselben Saale der Allgemeine Männergesangverein einen großen Maskenball, an dem, wie wir hören, die Beteiligung einer sehr zahlreichen sein wird.

— Der Kreisrichter Geißler in Grätz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Rosel und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rosel ernannt worden.

II. Bleschen, 4. Februar. Am Dienstag wurde in dem alten Schlosse zu Golochow ein bedeutender Diebstahl an Werthsachen verübt. Die Diebe sind bis jetzt noch nicht ermittelt. — Wie mangelhaft unsere Strafen erkennt sind, tritt neuerdings wieder recht lebhaft hervor. Es herrscht in manchen eine solche Finsternis, daß Unglücksfälle bei der größten Vorsicht nicht zu vermeiden sind. So wurde erst Mittwoch Abend ein wertvolles Reitpferd durch eine Wagendeichsel so gefährlich verletzt, daß es fraglich ist, ob es wird auskuriert werden können. — Seit 14 Tagen gibt Schauspiel-Direktor Gehrman im neu erbauten Theatersaal im Victoria-Hotel allabendlich Vorstellung. Trotz des guten Spieles der Gesellschaft scheint er hier seine Rechnung nicht zu finden und wird uns in den nächsten Tagen verlassen. Anfanglich wurden die Vorstellungen vom polnischen Landadel fleißig besucht.

Aus dem Gerichtssaal.

③ Posen, 4. Febr. Die Frau eines hiesigen Gewerbetreibenden war vor einiger Zeit von dem Armenbezirksvorsteher ihres Reviers auf Aussage mehrerer in der Nachbarschaft wohnender Frauen und Kinder bei der Polizeibehörde wegen häufiger vorsätzlicher Mißhandlung ihres ältesten, vor Eingehung der Chirurgie mit ihrem gegenwärtigen Manne geborenen Kindes denunziert worden. Bei der ärztlichen Untersuchung des achtjährigen Mädchens hatten sich mehrere Verlegerungen der Haut und Anschwellungen an den Händen vorgefundene, welche offenbar von Mißhandlungen herrührten. Nachdem von der Staatsanwaltschaft gegen die Frau die Anklage wegen vorsätzlicher, das elterliche Büchtigungsrecht überschreitender, Mißhandlung ihres eigenen Kindes erhoben, und bereit mehrmals die Sache vertagt worden war, fand am Donnerstag vor dem Dreimännergerichte in öffentlicher Sitzung die Schlufverhandlung in dieser Angelegenheit statt. Die Angeklagte war in Begleitung ihres Ehemanns und der achtjährigen Tochter, eines Kindes von auffallender Kleinheit und schwächlichem, strophulösem Aussehen erschienen. Nach Verleugnung der Anklageschrift, in welcher die Frau beschuldigt wird, ihr Kind seit etwa zwei Jahren mißhandelt zu haben, indem sie dasselbe häufig blutig geschlagen, mit den Fäusten gestoßen, Monate hindurch nur selten an Luft und Licht gebracht, und bei kalter Herbstwitterung in einem offenen Käule mit kaltem Wasser übergossen, gesteht die Angeklagte

ein, das Kind bisweilen mit der Rute oder Klopfspeitsche oder auch mit der bloßen Hand geschlagen zu haben, da es sich öfters kleine Diebstähle habe zu Schulden kommen lassen und sich häufig verunreinigt habe; jedoch bestreitet sie jede wirkliche Mißhandlung des Kindes.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Aussage des Herrn Kreisphysikus, Sanitätsräths Dr. Gall, über den Zustand, in welchem er das Kind vorgefunden. Es wird dadurch die schwächliche Körperbeschaffenheit des Kindes konstatiert; die kleinen Verlegerungen der Haut, so wie die Anschwellungen an den Händen werden nachgewiesen, doch ergibt sich aus der Aussage, daß ein Hungerzustand des Kindes nicht vorhanden gewesen sei. Als dasselbe auf Geheis des Gerichtshofes von der Mutter entkleidet wird, wobei es zu weinen beginnt, findet der Sachverständige keinerlei Verlegerungen an dem Körper. Aus der Aussage der Belastungszeugen geht hervor, daß das Kind allerdings häufig von der Mutter geschlägt, und im Oktober 1867 in einem kalten Hausschlüsse in kaltem Wasser gebadet und mit den bloßen Füßen auf den gepflasterten Fußboden des Flurs gesetzt wurde, daß es außerdem aber auch wenig auf der Straße gehen worden ist, während die übrigen drei jüngeren Geschwister dort täglich bemerkten wurden. Als sich der Chefmann der Angeklagten gegenüber der einen Zeugin, welche früher als Dienstmädchen bei ihm gedient, beleidigend unpassende Ausdrücke bedient, muß er auf Antrag des Staatsanwalts den Saal verlassen. Aus der Aussage der Entlastungszeugen geht weiter hervor, daß das Kind aus der Mädchen-Mittelschule verwiesen wurde, weil es öfters den Mitschülerinnen das Frühstück aus der Tasche entwendet hatte.

Nach Beendigung des Zeugenverhörs beantragt die Staatsanwältin gegen die Angeklagte wegen vorsätzlicher Mißhandlung ihres Kindes eine 14-tägige Gefängnishaft. Nachdem der Verteidiger, Dr. Rechtsanwalt Döckhorn, darauf hingewiesen, daß, wenn jede Mutter, die ihr Kind in ähnlicher Weise züchtige, bestraft werden sollte, die Anzahl der Gefängnisse nicht hinreichend würde, und daß voraussichtlich der häusliche Frieden zwischen den Cheleuten gestört werden würde, wenn die Frau bestraft werden sollte, daß jedoch der Staat die Aufgabe habe, den Familienfrieden zu konservieren und nicht zu stören, und nachdem er theils die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen entkräftet, theils aber auch das Verfahren der Mutter in den meisten Fällen als vollkommen gerechtfertigt hingestellt, veründet der Vorsitzende des Gerichtshofes, Herr Kreisgerichtsrath Groß, nach kurzer Beratung das Urteil, welches dahin lautet, daß die Angeklagte bei der Bestrafung des Kindes zwar über das elterliche Büchtigungsrecht hinausgegangen, daß sie jedoch, da sie sich dessen nicht bewußt gewesen, der vorsätzlichen Mißhandlung im Sinne des § 187 des Strafgesetzbuches nicht schuldig sei. Es erfolgte demnach ihre Freisprechung und die Niederschlagung der Kosten.

In Bezug auf das Festungs-Rayonwesen ist am 7. Januar d. J. vom Obertribunal eine wichtige Entscheidung gefällt worden. In Köln war nämlich eine Witwe Fleischhauer angeklagt worden, seit dem Monat Mai 1868 ihre im Festungsrayon von Köln gelegene Siegelei ohne Erlaubnis in Betrieb gesetzt und letztere der ergangenen Verwarnungen ungedacht fortgeführt zu haben. Die Beschuldigung erfolgte auf die Anzeige der lgl. Fortifikation, daß die F. auf ihrem im 3. Festungs-Rayon gelegenen Grundstück von Neuem den Siegeleibetrieb eröffnet habe, wodurch mehrere für die Festung nachtheilige Veränderungen der Terrain-Oberfläche vorgenommen und Gedanken gegen die Festung erzeugt worden seien. Das Polizeigericht erkannte jedoch auf Freisprechung, weil nach den §§ 3 und 4 des Festungsregulatios vom 10. September 1828 nur die Ausführung einer neuen Anlage, nicht aber der Gedach der bereits früher bestandenen strafbar sei und die qu. Siegelei seit mehreren Jahren bestanden habe und in jedem Jahre fortgeführt worden sei; hierzu habe es einer besonderen Erlaubnis nicht bedurft, auch habe die Beschuldigte durch die Nichtbeachtung der an sie ergangenen Verwarnung eine strafbare Handlung nicht begangen. Es sei vielmehr Sache der Festungsbehörde gewesen, ihren Verwarnungen Kraft zu geben und die ihr etwa mißliebige Anlage durch die Polizeibehörde auf Kosten der Beschuldigten beseitigen zu lassen. Hiergegen wurde der Kassationsrefur eingeleitet und ausgeschöpft: Da es sich um die Benutzung einer im dritten Rayonbezirk liegenden Siegelei hande, kämen nicht die §§ 3 und 4, sondern § 18 des Regulatios zur Anwendung, welcher bestimmt, daß eine derartige Anlage ferner nur insoweit in Gebrauch behalten werden dürfe, als dadurch nicht von Neuem deckende Erdränder gegen die Festung entstehen und die durch den Arbeitsbetrieb entstehenden Gruben der gestalteingeschränkt werden können, daß den Festungswerken stets die unbegrenzte Einsatz in dieselben verbleibe. Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen seien nach dem Strafgesetzbuch § 345 Nr. 11 und 12 zu ahnden, indem die Beschuldigte nach dem an sie ergangenen Verbote ohne die angeordneten Sicherungsmaßregeln zu treffen und ohne Genehmigung der kompetenten Behörde bauliche Einrichtungen vorgenommen habe. Das Ober-Tribunal hat jedoch den Kassations-Refur verworfen und damit die Handlung der Beschuldigten für straffrei erklärt. Zur Begründung dieser Entscheidung führt der höchste Gerichtshof aus: Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs in § 345, Nr. 11 und 12 seien nur vor solchen Sicherungsmaßregeln zu verstehen, welche die Abwendung einer durch die Vornahme des Baumerkes selbst erwachsenden gemeinen Gefahr für das Publikum bezeichnen, nicht auch von solchen, welche die des Rayonregulatios, nur auf die Sicherung der Festungen gegen die Nachtheile gerichtet seien, die aus feindlicher Benutzung der Lage und Beschaffenheit gewisser in der Umgebung der Festungen gelegenen baulichen Anlagen entspringen könnten. Ferner ergebe sich aus § 18 des Regulatios zwar, daß der Betrieb einer im dritten Rayon gelegenen Siegelei, die dieselbe möglicherweise nun zu den älteren Etablissements dieser Art im Sinne des Regulatios gehören oder nicht, mit der Vorschrift des § 18 in Widerspruch stehen würde, wenn dadurch neue Gedanken gegen die Festungen erzeugt würden, jedoch drohe der § 18 für Verstöße weder eine bestimmte, noch überhaupt eine Strafe an und hierdurch habe das Regulatior zu erkennen gegeben, daß es anders, als im § 7 gedacht, mit seinen Vorschriften in Widerspruch tretende Handlungen nicht habe strafrechtlich geahndet wissen wollen, zumal es seinem ganzen Inhalte nach die Materie von der Behandlung baulicher Anlagen in der Umgebung der Festungen zu erlösen beabsichtige. Es könnte also eine Strafe gegen die Beschuldigten nicht aus sprechen, es müsse vielmehr mit dem Polizeigericht auf die nach § 20 des Polizeigesetzes vom 11. März 1850 zulässige polizeiliche Erexution zur Durchführung polizeilicher Verfügungen hingewiesen werden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

** Die Verlagsanstalt von Alphons Dürk in Leipzig beabsichtigt eine Biographie des jüngst verstorbenen Meisters B. Genelli herauszugeben und münscht, dieselbe durch ein vollständiges Verzeichniß der bekanntlich sehr verstreuten einzelnen Originalarbeiten dieses Künstlers zu bereichern. Sie richtet daher an alle Besitzer von Genelli'schen Zeichnungen, Bildern, Studien &c. die Bitte, ihr zu diesem Zweck ausführliche Notizen hierüber zulassen zu lassen. Ebenso erwünscht wäre auch die Mittheilung einzelner schriftlicher Erinnerungen, als Briefe u. dergl., welche in irgend einer Weise für den Künstler charakteristisch sind.

Staats- und Volkswirthschaft.

* Brauereibetrieb der Provinz Posen im letzten Decennium. Die Gesamtzahl der gewerblichen Brauereien belief sich im Jahre 1858 auf 167 städtische und 120 ländliche, zusammen auf 287, während im Jahre 1867 nur noch 156 städtische und 73 ländliche, zusammen also 229 Brauereien vorhanden waren. — Es haben inzwischen in dem Zeitraum von 10 Jahren die Brauereien um 58 abgenommen, wovon auf die Städte 11 und auf das Land 47 kommen. Die Abnahme der ländlichen Brauereien ist eine stetige und allmäßige gewesen: so waren im Jahre 1859 noch 108, 1861 noch 98, 1863 noch 94, und 1865 noch 75 vorhanden. Trotz dieser Abnahme der Gewerbsanstalten selbst ist die Braumalzsteuer nicht gesunken, im Gegenteil etwas gestiegen. Dieselbe betrug 1858 42,953 Thlr., 1859 42,138 Thlr., 1860 38,502 Thlr., 1861 39,722 Thlr., 1862 43,137 Thlr., 1863 48,807 Thlr., 1864 50,688 Thlr., 1865 56,320 Thlr., 1866 55,987 Thlr., 1867 49,270 Thlr. Die inzwischen eingegangenen Brauereien sind inzwischen durchweg

kleinere Brauereien gewesen, welche wegen ihrer schlechten Konstruktion mit den rationell betriebenen größeren Brauereien nicht konkurriren konnten. Daß der Brauerei-Betrieb in unserer Provinz im Allgemeinen im Aufschwunge begriffen ist, geht schon daraus hervor, daß 1858 nur 2 Brauereien vorhanden waren, welche über 2000 Thlr. Steuern entrichteten, während 1867 bereits sieben derartige Brauereien bestanden. Ebenso steuerten in den Jahren 1861 und 1862 nur 5 Brauereien zwischen 1000 und 2000 Thlr., während 1867 vierzehn Brauereien diese Steuer entrichteten. Dem entsprechend betrug im Jahre 1857 die Zahl der unter 100 Thlr. Steuern entrichtenden Brauereien noch 97, während im Jahre 1866 nur noch 62 derartige Brauereien existierten. — Daß die Braumalzsteuer im Jahre 1867 um circa 7000 Thlr. gegen das Vorjahr 1866 zurückgegangen ist, hat seinen Grund lediglich in der schlechten Ernte des genannten Jahres; es heißt unsre Provinz dieses Schicksal mit allen übrigen des preußischen Staates. — Was die Art der Errichtung der Steuern anbelangt, so waren im Jahre 1858, 150 Brauereien unfixirt und 87 fixirt, während sich im Jahre 1867 dieses Verhältniß bedeutend zu Gunsten der fixirten Brauereien geändert hat. Im letzten genannten Jahre waren nämlich 100 fixirt und nur noch 92 unfixirte Brauereien vorhanden. Die Brauereibesitzer ziehen die Errichtung der Steuern auf fixirtem Wege der Einzelversteuerung aus dem Grunde vor, weil sie in ihrem Betriebe sich freier bewegen können und theilweise nicht unerhebliche Weiterungen und Umständlichkeiten dadurch vermeiden. — Die Menge des versteuerten Biers betrug, wenn 100 Quart Bier auf je 20 Sgr. Steuer gerechnet werden, zwischen 4,70 und 5,54 Quart auf den Kopf der Bevölkerung, während die Steuererträge zwischen 8,90 Pf. und 1 Sgr. pro Kopf variirten. Unsre Provinz ist diejenige des preußischen Staates, welche verhältnismäßig die geringste Menge Bier consumirt, denn in Ostpreußen kommen z. B. 14, in Westpreußen 9, in Pommern 7, in Schlesien 12 Quart Bier auf den Kopf der Bevölkerung. — Nicht gewerblich betriebene und den sogenannten Haustrunken in Kochkesseln steuerfrei bereitende Brauereien sind in unserer Provinz ebenso wenig als Essigbrauereien vorhanden.

** In der wichtigen Gesetzesvorlage, die Bildung von Waldgenossenschaften betreffend, ist der "Post" zufolge bestimmt, daß für jede Waldgenossenschaft nach Anhörung der Beteiligten und nach zuvoriger Begutachtung durch den Kreistag ein allerhöchst zu bestätigendes Statut errichtet werden soll, welches über die in Betracht kommenden wirtschaftlichen und über eine Reihe sonstiger Spezialfragen die erforderlichen näheren Bestimmungen enthält. Es ist indessen dringend zu wünschen, daß der Kreistag in solchen Fällen nicht bloß gutachtlich gehört werde; er steht den Verhältnissen näher, als die Regierung, und es leidet der Zweck des Gesetzes durchaus keinen Eintrag, wenn statt der bloß gutachtlichen Vernehmung des Kreistages die Notwendigkeit der Zustimmung desselben zu dem zu errichtenden Statut eintritt, so also, daß eine Bestätigung des Statuts nicht erfolgen kann, wenn nicht zuvor der Kreistag zugestimmt hat. Durch eine solche gesetzliche Bestimmung wird einmal den lokalen Verhältnissen eine recht gründliche und sorgfältige Berücksichtigung gesichert, und es ist mit derselben sodann auch noch der Vorzug verbunden, daß den Interessenten, weil der Beschluß der Kreisvertretung der königlichen Bestätigung bedarf, gewissermaßen eine Rekurs-Instanz gewahrt bleibt, in welcher sie ihre Einreden und Bedenken immer noch geltend machen können. Eine größere Garantie kann man den Interessenten nicht geben; es ist aber auch nur billig, daß man sie ihnen gebe. Neben dies liegt die maßgebende Mitbeteiligung gerade der Kreisvertretung auch im Interesse der allgemein gewünschten Dezentralisation und Selbstverwaltung. Man wird, mit Rücksicht auf alles dieses, gerne vernehmen, daß die Staatsregierung gegen die Einführung einer derartigen Bestimmung, wenn sie von der Landesvertretung beschlossen werden sollte, ihrerseits nichts einzuwenden haben wird. Nach einer andern Seite hin zeigt sich freilich wenig Neigung, die Befugnisse der gegenwärtigen Kreisvertretungen, mit Rücksicht auf die zu erwartende neue Kreisordnung, zu erweitern; aber andererseits wird man den gegenwärtigen Kreisvertretungen, wie man über deren Zusammensetzung sonst auch denken mag, doch gewiß nicht den Vorwurf machen können, daß sie nicht überall, wo es sich um Entscheidung über die Zulässigkeit von Beschränkungen des Eigentums handelt, die Verhältnisse mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit geprüft haben. Man wird also, obgleich die neue Kreisordnung noch nicht da, unbedenklich in der bezeichneten Weise verfahren können.

Breslau, 3. Februar. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates der Oberschlesischen Eisenbahn beschloß, wie in den hiesigen Blättern mitgetheilt wurde, derselbe, das anderweit in Aussicht genommene Projekt Dels-Trachenberg-Glogau durch eine Kommission vorzuberathen. — Der Verwaltungsrat genehmigte Transportbegünstigungen bezüglich der internationalen Ausstellung zu Utrecht, ferner einen Lotaltarif für gemünztes und ungemünztes Gold, lehnte dagegen eine beantragte Frachtermäßigung für rohen Phosphor ab. — Auf Antrag der königlichen Direktion wird der bestehende Rückfrachtarif aufgehoben, wogegen eine neue dritte ermäßigte Klasse III B. nach beiden Richtungen hin eingeführt werden soll, welche auf denselben Säzen basirt; wie der aufgehobene Rückfrachtarif. — Bezüglich des vom Staate eingeräumten Zugeständnisses, das Stimmrecht derselben bei der bevorstehenden General-Versammlung für die

hat. Die „B. B. S.“ hört nun, daß er in diesen punktweise gegebenen Erklärungen es ganz direkt in Abrede stellt, vor der Trauung eine strafende oder vorwürfsvolle Anrede an das Brautpaar oder die Braut gehalten zu haben; er will vielmehr blos das gewöhnliche Schema verlesen haben. Nicht minder bestimmt stellt Dr. Fournier in Abrede, daß et der Braut einen Schlag versetzt oder sie überhaupt irgendwie körperlich berührt, ihr Kind aufgerichtet habe ic. Er behauptet, daß alle diese Angaben durchaus auf Erfahrung beruhen. Da nun die Behauptungen der Gegenpartei, als deren informiertes Organ wir beim Mangel eines Widerspruchs die „Staatsbürger-Ztg.“ betrachten müssen, ebenso bestimmt lauten und wiederholte sind, so kann die Spannung auf das schließliche Resultat der ohne Zweifel auf gerichtlichem Wege zum Austrage gelangenden Sache nur noch wachsen.

Auf diese Mittheilung erwiderst die „Staatsbürgerzeitung“ wörtlich: „Diese Mittheilung erschien uns so höchst befremdlich, daß wir in der Redaktion der „Börzenzg.“ zunächst Erfundungen über die Quelle dieser Nachricht einzogen, wo wir denn hörten, daß die Nachricht aus dem Munde eines hochgestellten Beamten herrühre, der hinzugefügt habe, daß im Falle der geringsten Unmehrheit in dieser ganz bestimmten Erklärung des Herrn Fournier, dessen sofortige Amtsenthebung unzweifelhaft vom Könige selber bewirkt werden würde. Hier nach sollte es nun freilich so erscheinen, als ob jener Fragebogen wirklich ausgefüllt und dem Könige überreicht worden wäre. Allein man sieht es bei uns in Preußen so sehr, bei jedem auffälligen Vorommunikation die Person des Landesfürsten mit ins Spiel zu bringen und dem Könige, wie dies ja erst kürzlich gelegentlich der Handels-Bastroschen Affäre geschehen ist, Neuverungen in den Mund zu legen, an welche derselbe nie gedacht hat, daß wir schon gewisse Zweifel an der Richtigkeit jener Mittheilung gegen müssen, zumal ja die Amtsenthebung des Herrn Fournier bei gerichtlicher Bewährtheit unserer Angaben fraglos auch ohne jene Prozedur des Fragebogens und ohne direktes Einfahren des Königs würde erfolgen müssen!“ Was aber unsere Zweifel bestärkt, ist der Umstand, daß wir trotz des Geschehenen zwar den Versuch einer allgemein gehaltenen Ableugnung des Vorfalls, wie sie in dem bekannten Schreiben an die „Kreuzzeitung“ sich ausdrückte, zu erklären, nicht aber zu fassen vermögen, daß der beteiligte die Sache haben sollte, in protokollarischer Erklärung seinen Vorgesetzten gegenüber die freiwilligen Auslagen einer ganzen Reihe glaubwürdige Zeugen als Lügen und Erfundenen in dem Grade hinzustellen, daß er nicht nur jede Bewegung, sondern auch jedes Wort, welches über die einfache Verlesung der Draufordnung hinausgegangen wäre, entschieden bestreitet. Dem gegenüber will es uns fast bedenken, als habe man die „Börzenzg.“ (und grade diese, weil sie zu den freisinnigen, in der Regel gut unterrichteten und deshalb glaubhaften Blättern gehört!) von gewisser Seite absichtlich mit dieser Nachricht versorgt, um durch dieselbe, gleichviel ob jenes Protokoll existirt oder nicht, einen die Wirkung des standolösen Vorfalls ab schwächenden Eindruck hervorzubringen. Manöver dieser Art haben wir allerdings von vornherein erwartet, aber sie können und werden uns in der Aufrechterhaltung unserer Mittheilung bis zur gerichtlichen Konstatirung der Thatsachen nicht irre machen. Mit einem bloßen Protokoll der geistlichen Behörden und mit einseitiger Vernehmung des Herrn Fournier kann und darf die Sache nicht abgethan sein! Wir haben bereits mitgetheilt, auf welche klassischen Zeugenauslagen sich unsere Angaben stützen, wir haben ferner mitgetheilt, daß der betroffene junge Chemann diese Angaben nicht nur ausdrücklich bestätigt, sondern in unfeinem Beisein eine Denunziation auf Grund der §§ 315, 316 des Strafgesetzbuchs und unter Anruf einer weiteren Reihe von Zeugen gegen Herrn Fournier unterzeichnet und mittels reformandirten Briefes, über welchen er den Postchein erst durch unsere Redaktion erhielt, zur Stadtpost befördert hat; wir müssen also unter allen Umständen die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung auf diese gravirende Denunziation hin fordern, und können keinem Menschen gestatten, uns der Unmehrheit zu zeihen, bevor nicht etwa diese gerichtliche Untersuchung gegen Herrn Fournier in unserer Behauptung ungünstiges Ergebnis gebracht haben sollte! Wer aber ruhig in Erwägung nimmt, auf wie viel glaubwürdige Zeugen wir uns zu berufen haben; wie alle diese achtbaren Zeugen, wenn solch ein für uns ungünstiges Ergebnis eintreten sollte, sich zu einem großen Komplott vereinigt

haben müßten; wie der beteiligte Bräutigam sich des Verbrechens einer wissenschaftlich falschen Denunziation schuldig gemacht haben müßte; der kann schlechterdings an diese Möglichkeit nicht glauben, es sei denn, daß er Pessimist genug wäre, eine Beeinflussung der Zeugen im Interesse der Gegenpartei für möglich zu halten!!“

* London, 1. Februar. Während der vergangenen Woche wurden 49 Schiffbrüche gemeldet, so daß der Monat Januar mit 229 abschließt. Gestern wütete abermals ein heftiger Sturm über das Land und zumal an der Westküste war der Schaden ein bedeutender. Was vom Sturm verschont blieb, wurde von Wasser heimgesucht; in Plymouth und anderen Teilen von Devon und Cornwall stieg die Fluth höher als man sie seit 30 Jahren gesehen. In mehreren Städten waren die Straßen überflutet, das Wasser drang in die Häuser und die Einwohner mußten sich in Booten retten. Im Sunde von Plymouth richtete der Sturm unter den Schiffen, Dank der vorzüglichen Wellenbrecher, keinen Schaden an; aus Halmouth dagegen werden mehrere Zusammenstöße zwischen Schiffen der großen, dort lagernden Kaufahrtsschiffe gemeldet. Zwei Schiffe, die französische Brigg „Charles Emma“ und die Bark „Alvithoch“ von Sunderland, sanken; die Bevorrangung wurde gerettet. Bei Penzance, bekannt für seine bewegte See, sank das Schiff „Choice“ aus South Shields; 3 Personen, darunter der Kapitän, ertranken, 8 wurden gerettet, und der Schooner „Padaran“ aus Aberthirst ging mit Mann und Maus zu Grunde. Eisenbahnen und Telegraphen haben bedeutend gelitten, erster durch das Wasser, letztere durch den Sturm; zwischen Exeter und Plymouth ist der Verkehr vollständig abgeschnitten, und es gibt keinen Hafen in den beiden Grafschaften Devon und Cornwall, welcher nicht erhebliche Verluste zu beklagen hätte. Auch heute Morgen wütet der Sturm noch fast ebenso stark und der heutige Tag wird voraussichtlich unter den Schiffbrüchen der Woche mit einer ähnlichen Zahl figurieren.

Aus Cork wird telegraphisch gemeldet, daß der starke Sturm gestern und vorgestern erheblichen Schaden zu Lande und zu Wasser angerichtet hat. Die Stadt selbst war durch einen heftigen Wolkenbruch und das Überfluten des Meeres drei bis vier Fuß tief unter Wasser gesetzt. Da auch die Eisenbahn auf einer langen Strecke überflutet war, mußte aller Verkehr eingestellt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Grabgitter, Grabfrenze

aus den renommiertesten schlesischen Eisengießereien, von bestem Material und tadellosem Guß, in den mannigfachsten Mustern und in den verschiedensten Größen, empfohlen zu Fabrik-Preisen.

Ebenso liefern gute Eisengießerei Fenster in Hunderten von Mustern, Treppen- und Balkongitter zu Fabrikpreisen.

Muster und Zeichnungen stehen jederzeit zu Diensten.

H. Klug.

Nach den Analysen des berühmten Chemikers M. Payen zählt die Kakaoplante zu den nahensten Produkten der Erde. Dieser Gelehrte sagt, daß eine gute Tasse Bouillon von Rindfleisch 28 Gramm Nährstoff enthalte, während sich in einer Tasse mit Milch zubereiter reiner Chocolade 188 Gramm nährende Bestandtheile vorfinden.

Nach einem englischen Blatte hätte eine ärztliche Untersuchung der Chocoladen 70 verschiedenen Fabriken von London und Paris eine Verschlüpfung der Waare in 39 derselben erwiesen, ein gewiß trauriges Resultat! Da auch in Deutschland eine unverfälschte Chocolade zur Seltenheit geworden ist, so verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß sämmtliche Kakao-Präparate des Hauses Franz Stoltwerk in Köln als durchaus frei von

jeder Beimischung garantirt sind und wegen dieser Eigenschaft von den Arzten vielseitig empfohlen werden.

In den haupsächlichsten Geschäften Deutschlands sind diese Chocoladen vorrätig.

Angelommene Fremde

vom 5. Februar.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Mendelsohn aus Bromberg, Licht und Kreyn aus Budowitz, Hentes aus Wolfstein, die Delonnen Woytinski aus Kolaczlowo, Gertig aus Saatzewo.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Bergau und Baron aus Grätz, Baruch und Sohn aus Schröda, Bellach aus Buz, Gutsbesitzer Robowski aus Rogowo, Wirtschafts-Inspектор Müller aus Lubow.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Müllermeister Dolatorowski aus Polen, Brennereiverwalter Pyzelowski aus Polen, Stud. med. Cnn aus Crim.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer Dutschke aus Rombszyn, Gutsbesitzer Morgenstern aus Starzyn, Agronom v. Raczyński aus Borow, Pächter Bucholka aus Grabowezo, die Kaufleute Wiesengrund aus Offenbach und Merker aus Bromberg, Landwirth Siebold aus Dembno, Pred.-Amts-Kandidat Magle aus Oels, Kreisrichter Preibisch aus Schröda.

OHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Bieganski aus Cylowo, v. Bielawski aus Pieruszce, v. Ułatowski aus Plestch, v. Mojszowski aus Sejort, v. Buchowski aus Granowo, v. Dobrycki aus Baborow, v. Kożłowski aus Ulanowo und v. Szuldrski aus Popow, die Kaufleute Wendt und Reiche aus Sprottau.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Mielecki und Frau aus Niesmowoda und v. Jarzembowksi aus Dobiejew.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Brzeski und Frau aus Jabłkow, die Gutsbesitzer v. Raczyński aus Borow und v. Michalski aus Szczepiń, Baumeister Stachowski aus Mieszkow, Eisenbahnbeamter Berndt aus Waberamoni, Probst Wagner aus Kielce, Gouvernante Fräulein Blagay aus Jabłkow.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Nehler aus Glinno, Gutsbesitzer Ulatowski aus Tryszew.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer v. Winterfeld und Frau aus Przependomo, Major v. Hajeler und Frau aus Rawicz, die Kaufleute Günther aus Schneeburg, Schäfer aus Odenbach, Just aus Leipzig, Schrödorn aus Bautzen, Hirshberg aus Breslau, Pander aus Berlin, Löffler aus Magdeburg, Rosenhal aus Berlin, Südbach aus Breslau, Oppermann aus Hamburg, Krieger aus Schrotthaus, de la Naparlier aus Frankfurt a. M., Inspектор Lachmann aus Polajewo, Bevollmächtigter Molinek aus Reisen.

MYLIUS'S HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Heidusch aus Sablowo, Matthes aus Lusow, v. Nathusius aus Lubom und Frau v. Sander aus Charcice, Gutsbesitzer Treppmacher aus Wulta, Lieutenant Cramer aus Lissa, die Kaufleute Pollack aus Magdeburg und Huhn aus Burg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Rosenstein aus Berlin, Agronom v. Wilczynski und Fr. Rittergutsbes. v. Wilczynska nebst Tochter aus Krobski, Rentier E. Fidelmann aus Berlin und die Rittergutsbes. v. Unrug aus Malpin und v. Brodowski aus Oporzy.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Ballauf aus Schwelm, Kohn aus Breslau und Trautötter aus Wülfelwaltersdorf, die Rentiers Brzozewski aus Michalow und Reimann aus Thorn, Inspектор Lange aus Berlin und die Gutsbesitzer Sommer aus Gubrau und v. Komalski aus Polen.

BAZAR. Rittergutsbesitzer Graf Westerski-Swilecki aus Wroblewo, Bevollmächtigter Buszczynski aus Labischin, die Gutsbesitzer Brzozewski aus Lipno, Rozwadowski aus Galizien und Frau Bazarowska aus Ostfel.

Fabrik-Lager optischer Artikel W. Hagelsieb, Berlin,

Dramenburgerstraße 26, empfiehlt Optikern und Wiederveräufern sein vollständig assortirtes Lager Pariser Operngläser, Brillen, Pince-nez, Fernrohre, Mikroskop u. s. w. zu Fabrikpreisen.

Fr. Gehrmann & Söhne,

Kunst- und Bauschlosserei, Frankfurt a. M., empfehlen ihr Lager, Breitestraße 7, von feuerfesten und diebessicheren

Geldschranken

neuester und bester Konstruktion, solide und elegant gebaut.

geächteten Tischwaagen

mit Säulen, messingenen Schalen, vorsätzlich gearbeitet, für Kaufleute, Konditoren, Bleicher u. c.

für Handeltreibende, Butterhänsler u. c. ist ein neuer, verschließbarer Reisekasten, auch zum Sitz benutzbar, ferner Pferdedecken, Butterfäße, sowie eine muntere, junge Hühnerhündin zu verkaufen.

Kanonenviertel 3, im Keller, rechts.

Bentilatoren

z. d. halben Preise meiner früheren. C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

a. fl. 5 Sgr.

Elsner's Apotheke.

C. Schiefe in Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 12.

Dr. Deversens Frostbalsam

Blumen- und Gemüse-Samen

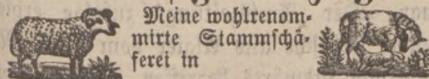
in frischer und guter Qualität, empfehle zu billigen und festen Preisen und versende Preis-Verzeichnisse über alle Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei auf gefälliges Abverlangen franko und gratis.

Albert Krause, Kunst- und Handelsgärtner,
Posen, Schützenstraße Nr. 13/14, unweit der Cegelski'schen Fabrik.

Dienstag den 9. d. Mts., 10 Uhr
Vormittags, sollen in den Kurniker
Dörfern (Nevier Czmon II.) 130
Stück Kiefernes Bauholz im Wege
des Meistgebots verkauft werden.

Die Forstverwaltung.

Borlängige Anzeige.



Amt Gramzow
soll wegen Ausgabe meines Pachtverhältnisses und gänzlicher Wirtschafts-Aenderung des Pacht-Nachfolgers, in der ersten Hälfte des März, voraussichtlich

am Donnerstag, den 4. März,
meistbietend verkauft werden, dieselbe besteht aus: 1) einem echten Negretti-Stamm (Hochstift-Wollin-Lenshower Blut), von ca. 300 Rauterthieren,
170 Lämmern diesjähr. Bucht,
2) einem Elektro-Negretti-Stamm, Pötz mit Lenchow getreut,
von ca. 120 Rauterthieren,
70 Lämmern diesjähr. Bucht.

Die vom Schäfereidirektor Hrn. Schmidt-Olsatz seit mehreren Jahren zeitgemäß gebrühte Herde ist durchaus gesund, großer Statur und liefert ein Schurgewicht von pro Kopf $4\frac{1}{2}$ Pfund sich leicht wachsender Wolle. Zugleich wird dann erst der Vock-verkauf dieser Saison stattfinden u. werden 3 Sprungböcke, 19 Teichböcke, 40 Jährlingsböcke zur Auktion kommen.

Es wird dies eine nicht häufige günstige Gelegenheit, auch das Beste seiner Art sehr preiswürdig kaufen zu können. Am Tage nach der Schaf-Auktion wird eine Auktion von Nindvieh-Bollblut und Landwirtschaftlichen Maschinen stattfinden.

Die definitive Feststellung des Tages und anderes Nähere wird später angezeigt.

Amt Gramzow, den 15. Januar 1869,

bei den Bahnhöfen.

H. Karbe, Amtsrichter.

160

junge fette Hammel verkauft das

Dominium Strzalkowo.



Koch-Auktion zu Sobbyowik,

Bahnhof Hohenstein

bei Danzig.

Am Donnerstag den 18. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr, sollen

25 Bollblut - Rambouillet-

Böcke,

30 Rambouillet - Negretti-

Böcke,

3 Orig.-Negretti-Böcke,

ferner:

62 Negretti-Mutterschafe

(tragend),

80 Rambouillet - Negretti-

Zeitschafe

in öffentlicher Auktion verkauft werden.

Verzeichnisse über Abstammung und Minimalpreise werden auf Wunsch verschickt.

F. Hagen.

Veränderungshalber beabsichtigte ich mein hier selbst bestehendes Zigarren-gefäß aufzugeben. Die vorhandenen Verstände von Zigarren u. s. w. verkaufe ich deshalb von heute ab unterm Ein-kaufspreise. Einem Abnehmer im Ganzen würde ich die günstigsten Zahlungsbedingungen stellen.

Posen, den 2. Februar 1869.

Siegmund Bernstein.

Ca. 100 Tonnen billiger

Hering zu verschiedenen Preisen, sind zu

haben in Stettin große Lasta-

die Nr. 37.

Heringshandlung en gros.

Für Auswanderer.

Billigste Schiffsgeschäfte nach Amerika vermittelst Bremer Post-dampfschiffen und großen dreima-tigen Segelschiffen durch das Haus J. & P. Schröder & Comp. in Bremen weist nach der vor l. Regierung konzessionirte Auswanderungs-Agent

Siegmund Bernstein.

10 poste restante Samter.

Roggens, matt.

Februar 52½ 52½ 52½

April-Mai 51 51 51

Mai-Juni 51½ 51½ 51½

Spanallister: nicht gemeldet.

Nübböhl, behauptet.

laufend. Monat 9 $\frac{1}{2}$ /24 9 $\frac{1}{2}$ /24 9 $\frac{1}{2}$

April-Mai 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$

Spiritus, flau.

laufend. Monat 14 $\frac{1}{2}$ 14 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

April-Mai 15 15 15

Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

Spanallister: nicht gemeldet.

Roggens, matt.

Februar 69 $\frac{1}{2}$ 70 70

Frühjahr 69 $\frac{1}{2}$ 70 70

Mai-Juni 70 $\frac{1}{2}$ 70 $\frac{1}{2}$ 70 $\frac{1}{2}$

Roggens, ruhig.

Februar 52 52 52

Frühjahr 14 $\frac{1}{2}$ 14 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

Mai-Juni 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

Spanallister: nicht gemeldet.

Roggens, matt.

Februar 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$

April-Mai 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$

Spiritus, matt.

Februar 14 $\frac{1}{2}$ 14 $\frac{1}{2}$ 14 $\frac{1}{2}$

Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

Mai-Juni 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

Roggens, matt.

Februar 11 11 11

Frühjahr 12 12 12

Mai-Juni 17 17 17

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

Februar 15 15 15

Frühjahr 17 17 17

Mai-Juni 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

Roggens, dito

<p

